APuZ
Aus Politik und Zeitgeschichte
26/2006 · 26. Juni 2006

Kinderarmut

Gerda Holz
Lebenslagen und Chancen von Kindern in Deutschland

Olaf Groh-Samberg · Matthias Grundmann
Soziale Ungleichheit im Kindes- und Jugendalter

Michael Fertig · Marcus Tamm
Kinderarmut in reichen Ländern

Carolin Reißlandt · Gerd Nollmann
Kinderarmut im Stadtteil: Intervention und Prävention

Christoph Butterwegge
Wege aus der Kinderarmut

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Editorial

In der Bundesrepublik Deutschland leben circa zehn Prozent aller Kinder in relativer Armut – das sind 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland damit im Mittelfeld der wirtschaftlich am weitesten entwickelten Staaten – so das Ergebnis der UNICEF-Vergleichsstudie „Child Poverty in Rich Countries 2005“. In den USA beläuft sich die Rate der relativen Kinderarmut auf mehr als 20 Prozent; in den skandinavischen Ländern beträgt der Anteil armer Kinder nur 2,5 bis 4 Prozent und ist damit am niedrigsten. Die Studie zeigt außerdem, dass sich die Lebenssituation von Kindern in 17 von 24 OECD-Staaten, darunter auch Deutschland, verschlechtert hat.

Dass es in einem so wohlhabenden Land wie Deutschland Kinderarmut gibt, ist skandalös; dass deren Rate seit 1990 stärker gestiegen ist als in den meisten entwickelten Industriestaaten, sollte in der Politik Alarm auslösen. Kinder sind in Deutschland zudem häufiger von Armut betroffen als Erwachsene. Es ist widersinnig, dass junge Menschen in einem Land, dessen Geburtenrate seit Jahrzehnten sinkt, einem immer höheren Armutsrisiko unterliegen.

Arme Kinder leiden in Deutschland zwar in der Regel weder Hunger noch Durst, sie haben ein eigenes Bett und sie gehen zur Schule. Armut und Kinderarmut sind relativ. Ihre Erscheinungsformen – eine eingeschränkte materielle Grundversorgung, verminderte Bildungschancen, schlechtere Gesundheit und geringere soziale Teilhabe – sind nicht auf den ersten Blick sichtbar. Aber Armut kann sich negativ auf die Lebenschancen der Kinder auswirken – mit der Folge eines stärkeren Auseinanderdriftens der Gesellschaft.

Katharina Belwe

Gerda Holz

Lebenslagen und Chancen von Kindern in Deutschland

Parallel zu dem sich in Deutschland seit vielen Jahren abzeichnenden demographischen Wandel vollzieht sich eine andere, ebenfalls seit langem sichtbare Entwicklung: die Zunahme der Familien- und damit auch Kinderarmut. Wir erleben heute, wie die immer weniger werdenden Kinder einem immer höheren Armutsrisiko unterliegen – ein Anachronismus. Sind dabei Kinder per se ein Armutsrisiko für Familien oder sind sie es, weil Familien am stärksten von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen negativ betroffen sind? Die Antwort lautet: Sowohl als auch.

Gerda Holz
Sozialarbeiterin grad., Dipl.-Pol.-Wiss., geb. 1957; Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Frankfurt/M.; seit 1997 Leitung der AWO-ISS-Studien „Kinderarmut"; ISS Frankfurt/M., Weberstr. 33, 60318 Frankfurt/M.
gerdaholz@t-online.de
www.awo.org/pub

Im Weiteren ist der Blick auf die Lebenslagen von Kindern – das heißt der unter 10-Jährigen – gerichtet, und diese werden kindbezogen beschrieben. Folie dafür sind Ergebnisse der deutschen Armutsforschung.

Immer mehr, aber nicht alle Kinder in Armut

Zum Ausmaß: Bereits in den neunziger Jahren wurde der Begriff der „Infantilisierung der Armut"[1] geprägt. Heute, nach mehr als einer Dekade, muss von einer Verstetigung des Phänomens gesprochen werden: Kinder sind nach wie vor die am häufigsten von Armut betroffene Altersgruppe. Nach amtlicher Statistik lebten Ende 2004 rund 1,12 Millionen Minderjährige von Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe); dies entspricht 7,5 Prozent aller Mädchen und Jungen unter 18 Jahren in Deutschland. Dabei sind Nicht-Deutsche mehr als doppelt so häufig betroffen (6,5 Pronzent deutsch vs. 16,1 Prozent nicht-deutsch). Mitte des Jahres 2005 bezogen rund 1,7 Millionen unter 15-Jährige Sozialgeld (rund 13,1 Prozent dieser Altersgruppe). Die Quote der von relativer Einkommensarmut gemäß EU-Definition betroffenen Mädchen und Jungen liegt je nach Operationalisierung zwischen 13 und 19 Prozent.[2] Je nach Region und Ort variieren die Quoten mit zunehmender Tendenz. In ostdeutschen Kommunen, aber auch in westdeutschen Großstädten und Ballungsräumen ist je nach Altersgruppe jeder siebte bis dritte Minderjährige betroffen. Das höchste Risiko haben Kinder im Vor- und im Grundschulalter – in der Altersphase mit dem größten Potenzial zur Herausbildung individueller Ressourcen und Kompetenzen.

Als *Ursachen* von Armut bei Erwachsenen gelten (Langzeit-)Erwerbslosigkeit und Erwerbstätigkeit auf niedrigem Zeitniveau und mit Niedriglohn. Zudem gewinnen die „working poor" an Bedeutung.[3] Weiterhin

[1] Vgl. Richard Hauser, Vergleichende Analyse der Einkommensverteilung und der Einkommensarmut in den alten und neuen Bundesländern 1990 bis 1995, in: Irene Becker/Richard Hauser (Hrsg.), Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?, Frankfurt/M. 1997, S. 76.

[2] Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Grundsicherung für Arbeitssuchende. Entwicklung bis Juli 2005, Nürnberg 2005; Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Kinder in der Sozialhilfe 2004, Wiesbaden 2006; Gerda Holz/Antje Richter/Werner Wüstendörfer/Dietrich Giering, Zukunftschancen für Kinder?! Zur Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit, Bonn–Berlin 2005, S. 53–54.
In der Europäischen Union und in Deutschland werden Armutsgrenzen durch den Vergleich des individuellen Einkommens mit dem Durchschnittseinkommen beschrieben. Unterhalb von 50 Prozent oder 60 Prozent des durchschnittlichen gewichteten Haushaltsnettoeinkommens wird von einer finanziellen Mangellage der Familie und von Armut gesprochen.

[3] Vgl. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Armut trotz Erwerbstätigkeit. Analysen und sozialpolitische Konsequenzen, Frankfurt/M. 2003; Thorsten Brandt, Mini- und Midijobs im Kontext aktivierender Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. WSI-Diskussionspapier, Düsseldorf 2005; Heinz-Herbert Noll/Stefan Weick, Relative Armut und Konzentration der Einkommen deutlich gestiegen, in: ISI (2005) 33, S. 1–6; Jürgen Schupp/Jan Göbel/Peter Krause, Armut trotz Erwerbstätigkeit oder Armut wegen fehlender Erwerbstätigkeit. Folien-

sind Trennung und Scheidung sowie Überschuldung zu nennen. Noch selten wird – und wenn, dann mit Bezug zur Problematik „Frauenarmut“ – die nicht oder nur gering entlohnte Haus-, Pflege-, Erziehungs- und Sorgearbeit diskutiert.[4] Dem *Risiko* der Armutsbetroffenheit wiederum unterliegen die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in unterschiedlicher Weise. Bezogen auf Minderjährige sind Kinder aus Familien mit einem der oben genannten Erwerbstatus, mit Migrationshintergrund, aus Ein-Eltern-Familien sowie aus Familien mit drei und mehr Kindern überdurchschnittlich armutsgefährdet. Ebenso sind Kinder, die in Großstädten und sozial segregierten Quartieren leben, gefährdeter als jene, die in ländlichen Räumen zu Hause sind.

Lebenslagen von Kindern

Das Spektrum möglicher Lebenslagen von Kindern zeigt sich im Alltag dergestalt: Unter 15-jährige Sozialgeldempfänger und -empfängerinnen gemäß SGB II haben einen Anspruch auf eine Regelleistung von 209 Euro monatlich.[5] Ihr Bedarf für Ernährung und Getränke ist darin mit 2,38 Euro pro Tag kalkuliert (72,40 Euro im Monat). Das steuerfrei zu stellende Existenzminimum von Minderjährigen lag 2005 bei 304 Euro im Monat. Umgekehrt ist die heutige Kinder- und Jugendgeneration finanziell sehr gut ausgestattet. 10- bis 17-Jährige verfügten 2005 über rund 47 Euro Taschengeld im Monat. Im Durchschnitt gaben sie davon 39 Euro aus, größtenteils für Kleidung (25 Euro). Es folgten Ausgaben für Schuhe (24 Euro), Ausgehen (19 Euro) und das Handy (18 Euro). Begehrt waren weiterhin Computer-Software (13 Euro), Unterhaltungsmedien wie CDs, DVDs (9 Euro) und Fast Food (7 Euro). Durchschnittlich sparten sie 1 000 Euro im Jahr. Kinder und Jugendliche sind also für die Wirtschaft eine wichtige und entsprechend heiß umworbene Konsumentengruppe, verfügen sie doch jährlich über rund 5,5 Milliarden Euro Einnahmen sowie weitere 4 Milliarden Euro Sparguthaben.[6] Die Zahlen bilden nicht nur die finanziellen Ressourcen ab, sie verweisen vor allem auf das ungleiche Fundament der Lebensgesamtchancen.

Der Terminus Lebenslage bezeichnet die Lebenssituation von Menschen in biologischer, psychischer und sozialer Hinsicht. Mit diesem Begriff lässt sich – anders als mit verwandten Begriffen wie Soziallage oder Lebensstandard – umfassender und ganzheitlicher erfassen, was das Leben eines Menschen ausmacht. So bezeichnet Gerhard Weisser die Lebenslage als den Spielraum, den die äußeren Umstände dem Einzelnen nachhaltig zur Erfüllung seiner jeweiligen unmittelbaren und mittelbaren Interessen geben. Dabei geht es um sozioökonomische Größen und um „Grade des Wohlbefindens“, genauer: um die Qualität von Chancen, zu Wohlbefinden zu gelangen. Weiterhin ist die Erfüllung von menschlichen „Grundanliegen“ gesellschaftliches und politisches Ziel. In diesem Sinne versteht Ingeborg Nahnsen „Lebenslage als Lebensgesamtchance“ des Einzelnen. Individuelle Interessenentfaltung und -realisierung werden durch die quantitative und qualitative Beschaffenheit und die Ausgestaltung verschiedener Lebenslagebereiche – wie Versorgung, soziale Kontakte, Bildung, Regeneration und Partizipation – abgesteckt. Das bedeutet, dass die (Handlungs-)Spielräume der Subjekte dadurch vorstrukturiert werden.

Bezogen auf Kinder haben Karl Chassé, Margherita Zander und Konstanze Rasch das Spielraumkonzept auf der Basis empirischer Forschungen weiterentwickelt.[7] Bei der Bezugnahme auf die kindliche Lebenslage gilt es

vortrag vom 2./3. 7. 2005 in Berlin. Quelle: http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Sozialindikatoren/Veranstaltungen/PDFs/Praes_Schupp.pdf (4. 4. 2006).

[4] Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Wenn aus Liebe rote Zahlen werden – Über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung, Berlin 2003; Dieter Korczak, Überschuldungssituation in Deutschland im Jahr 2002 – Aktualisierung, München 2004; Brigitte Sellach, Ursache und Umfang von Frauenarmut. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frankfurt/M. 2000.

[5] Weiterhin besteht für die Familien ein Anspruch auf Übernahme der Unterkunfts- und Heizkosten. Alleinerziehende erhalten einen Mehrbedarfszuschlag, und bei Anspruch wird ein Kinderzuschlag gewährt.

[6] Vgl. Elmar Lange, Jugend und Schulden 2005. Studie im Auftrag der SCHUFA im Rahmen des Schulden-Kompass, Bielefeld 2006.

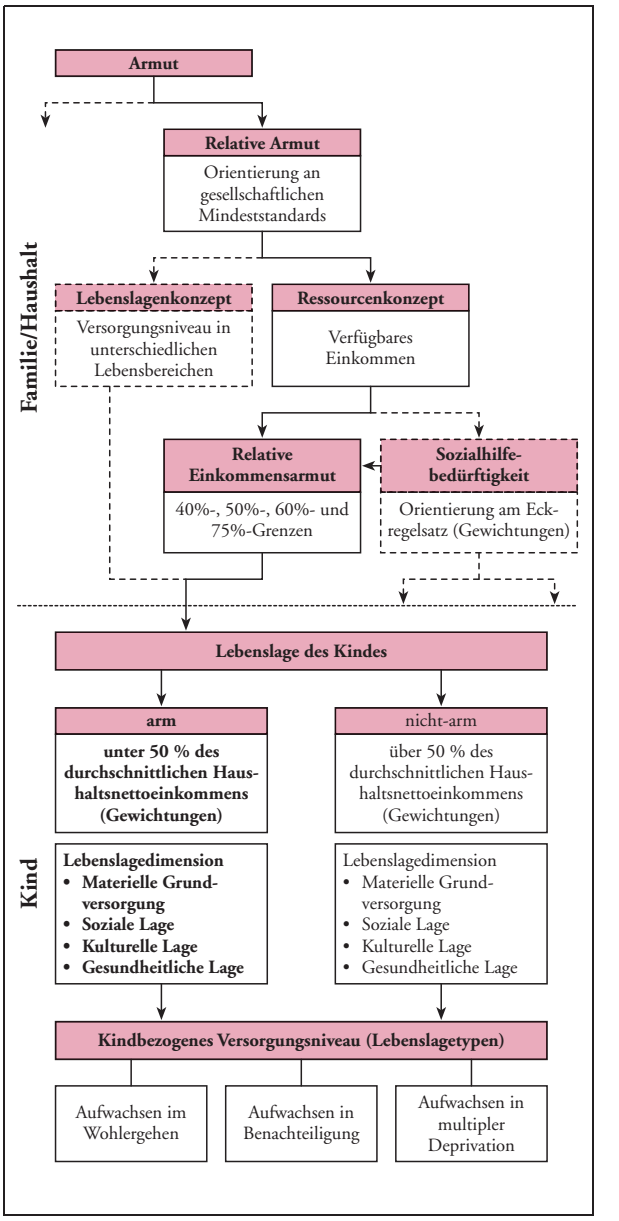
[7] Zum Konzept, das im Wesentlichen durch Otto Neurath, Gerhard Weisser und Ingeborg Nahnsen erarbeitet bzw. erweitert wurde vgl. Wolfgang Voges/Olaf Jürgens/Andreas Mauer/Eike Meyer, Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes, Bremen 2003; zum kindbezogenen Konzept vgl. Karl Chassé/Margherita Zander/Konstanze Rasch, Meine Familie

einerseits zwischen unterschiedlichen Arten von Bedürfnissen zu unterscheiden und andererseits danach zu fragen, aus welcher Perspektive (Erwachsene oder Kinder) sie formuliert werden bzw. definiert sind. Bei der Übertragung ist wichtig, dass alle Dimensionen von Lebenslagen, die für Erwachsene eine Rolle spielen, auch für Kinder eine eigenständige Bedeutung haben. Zu beachten ist, dass die verschiedenen Dimensionen aus der Wahrnehmung und der Perspektive der Kinder andere Ausprägungen haben und teilweise eine andere Gewichtung erfahren.

Armut hat schon früh ein Kindergesicht

Während sich das zuvor genannte Autorenteam auf das Spektrum der Möglichkeiten und Chancen von Kindern konzentriert, befassen sich die Autorinnen und Autoren der AWO-ISS-Studien[8] mit dem Vergleich der Lebenslage armer und nicht-armer Kinder und analysieren, wie stark die materielle Situation der Familie die kindliche Situation beeinflusst. Verdienst der Arbeit ist es, einen kindbezogenen Ansatz innerhalb der deutschen Armutsforschung entwickelt und zugleich die Armutswirkung bis zum Ende der Grundschulzeit erfasst zu haben. Das Basiskonzept (*Abbildung 1*) mit seiner Kombination aus Ressourcen- und Lebenslagenansatz,

Abbildung 1: Kindbezogenes Armutskonzept der AWO-ISS-Studien



Quelle: Gerda Holz/Antje Richter/Werner Wüstendörfer/Dietrich Giering, Zukunftschancen von Kindern?! Zur Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit, Bonn–Berlin 2005, S. 35.

der Zweiteilung in arm und nicht-arm, der Aufgliederung in vier kindbezogene Lebenslagedimensionen (materielle Grundversorgung, gesundheitliche, kulturelle und soziale Lage) sowie der daraus abgeleiteten drei kindbezogenen Lebenslagetypen (Aufwachsen im Wohlergehen, Aufwachsen in Benach-

ist arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen, Opladen 2003.

[8] Zwischen 1997 und 2005 wurden im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt insgesamt drei Studien durchgeführt. Ausgangspunkt der ersten Studie (1997 bis 2000) war die theoretische Entwicklung eines kindbezogenen Armutskonzeptes sowie die empirische Erforschung von Armut im Vorschulalter anhand einer Klientendatenerhebung von 893 Kindern im Alter von sechs Jahren. In der zweiten Studie (2000 bis 2002) standen vertiefende qualitative Analysen zur Armut im frühen Grundschulalter sowie den Ressourcen und Potenzialen der nun 8-jährigen (armen) Kinder an. In der dritten Studie (2002–2005) erfolgte die Wiederholungsbefragung der 1999 befragten Kinder, jetzt als 10-Jährige und am Ende ihrer Grundschulzeit. Im Ergebnis liegen damit quer- und längsschnittliche Daten zu 500 Kindern vor. Vgl. Beate Hock/Gerda Holz/Renate Simmedinger/Werner Wüstendörfer, „Gute Kindheit – Schlechte Kindheit". Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, Frankfurt/M. 2000; Gerda Holz/Susanne Skoluda, Armut im frühen Grundschulalter. Vertiefende Untersuchung zu Lebenssituation, Ressourcen und Bewältigungshandeln von Kindern, Frankfurt/M. 2003; G. Holz u. a. (Anm. 2).

teilung oder Aufwachsen in multipler Deprivation)[9] ermöglicht es, Armut[10] bei Kindern – oder genauer, die Folgen von familiärer Einkommensarmut für Kinder – in ihrem ganzen Umfang sichtbar werden zu lassen. Nachfolgend werden zentrale Ergebnisse der genannten Studie referiert.

Kinder im Alter von sechs Jahren

Die Frage des Zusammenhangs zwischen Armut und konkreter kindlicher Lebenslage ist vor allem aus zwei Gründen von großem Interesse: zum einen, weil frühzeitig erkannte Einschränkungen mit geringerem Aufwand aufgefangen werden können; zum anderen, weil die in diesem Alter kaum vorhandenen (Problem-)Bewältigungsmöglichkeiten nicht nur den Eltern, sondern auch der Gesellschaft eine hohe Verantwortung für die Förderung der kindlichen Entwicklung aufgeben.

Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen der materiellen Lage der Familie und der Lebenslage des Kindes – erwartungsgemäß schneiden arme Kinder in allen vier untersuchten Lebenslagedimensionen schlechter ab (*Tabelle 1*). Dennoch leiden auch Vorschulkinder aus nicht-armen Familien zum Teil unter vielfältigen Einschränkungen: Mehr als jedes dritte arme Kind, aber auch etwa jedes siebte nicht-arme gehörte zur Gruppe der multipel deprivierten Kinder (30,7 Prozent vs. 19,7 Prozent).

Zur materiellen Grundversorgung: Rund 40 Prozent der armen gegenüber ca. 15 Prozent der nicht-armen Kinder waren mangelhaft versorgt. Am deutlichsten äußerte sich familiäre Armut im verspäteten und unregelmäßigen Zahlen von Essensgeld und sonstigen Beiträgen für Aktivitäten in den Tageseinrichtungen für Kinder (KiTa). Häufiger kamen arme Kinder hungrig in die Einrichtung und/oder dem Kind fehlte die körperliche Pflege. Relativ selten dagegen zeigte sich ein Mangel an notwendiger Kleidung.

Tabelle 1: Verteilung der Einschränkungen in den Lebenslagedimensionen der 6-Jährigen und Armut – 1. Welle 1999 (N = 893; in Prozent)

Lebenslagedimension	Arme Kinder	Nicht-arme Kinder
Materielle Lage/Grundversorgung	40,0	14,5
Kulturelle Lage	36,0	17,0
Soziale Lage	35,6	17,6
Gesundheitliche Lage	30,7	19,7

Lesehilfe: 40,0 Prozent der in relativer Armut lebenden Kinder haben Defizite in der Grundversorgung; bei den nicht-armen Kindern sind es nur 14,5 Prozent.
Quelle: Beate Hock/Gerda Holz/Werner Wüstendörfer, „Frühe Folgen – langfristige Konsequenzen?“ Armut und Benachteiligung im Vorschulalter, Frankfurt/M. 2000, S. 33–38.

Zur kulturellen Lage: Mehr als die Hälfte der armen Kinder waren im Hinblick auf ihr Spiel- und Sprachverhalten auffällig, knapp die Hälfte hinsichtlich ihres Arbeitsverhaltens (darunter fallen Indikatoren wie: Das Kind beginnt schnell mit gestellten Aufgaben, ist geschickt im Umgang mit Materialen, setzt die gestellten Aufgaben zügig und sorgfältig um usw.). Arme Kinder wurden nicht nur insgesamt häufiger als nicht-arme vom Schulbesuch zurückgestellt, sondern sie hatten auch bei vergleichbarer Ausgangslage bzw. dem gleichen Maß an „Auffälligkeiten“ geringere Chancen eines regulären Übertritts in die Regelschule als nicht-arme Kinder. „Nur“ 69 Prozent der armen, aber rund 88 Prozent der nicht-armen Kinder wurden altersbezogen regulär eingeschult.

Zur sozialen Lage: Die armen Kinder suchten weniger häufig den Kontakt zu anderen Kindern in der KiTa, nahmen weniger aktiv am Gruppengeschehen teil und äußerten seltener ihre Wünsche. Zugleich war eine beginnende Ausgrenzung zu beobachten: So wurden arme Kinder häufiger als nicht-arme Kinder von den anderen Kindern in der KiTa gemieden.

[9] Ein Kind wächst „im Wohlergehen“ (durchaus auch bei Armut) auf, wenn es keine Mängel in seiner aktuellen Lage aufweist und damit positive Zukunftschancen zu erwarten sind. Ein Kind wächst mit „Benachteiligung“ auf, wenn es in ein oder zwei Lebenslagedimensionen Auffälligkeiten zeigt (z. B. in der kulturellen oder sozialen Lage) und damit Beeinträchtigungen in seiner zukünftigen Entwicklung bestehen können. Ein Kind wächst in „multipler Deprivation“ (durchaus auch bei Nicht-Armut möglich) auf, wenn es in seiner Lebenslage eine Vielzahl von Mängeln erfährt und damit geringe Entwicklungschancen gegeben sind.

[10] Die AWO-ISS-Studien bezeichnen ein Kind dann als arm, wenn familiäre Armut unterhalb der 50-Prozent-Grenze (alte OECD-Skala, Mittelwert) liegt oder Sozialhilfe/-geld bezogen wird.

Zur gesundheitlichen Lage: Auch hier wiesen die armen Kinder öfter Einschränkungen bzw. Auffälligkeiten auf. Der Unterschied ist aber im Vergleich zu den anderen drei Lebenslagedimensionen am geringsten ausgeprägt. Arme hatten häufiger als nicht-arme Kinder gesundheitliche Probleme bzw. waren in ihrer körperlichen Entwicklung zurückgeblieben.

Armut führt bei Kindern diesen Alters nicht zwangsläufig zu Beeinträchtigungen: Etwa einem Viertel der untersuchten armen Kinder ging es gut: 23,6 Prozent von ihnen waren in keiner der zentralen Lebenslagedimensionen eingeschränkt. Von den nicht-armen Kindern war knapp die Hälfte – 46,4 Prozent, also doppelt so viele wie von den armen – in dieser guten Situation. Demgegenüber wiesen dreimal so viele arme wie nicht-arme Kinder multiple Deprivationserscheinungen auf (36,1 Prozent vs. 13,7 Prozent).

Neben dem Faktor „Armut" wirkt der Faktor „Familiensituation" verschärfend oder abmildernd. Kinder in diesem Alter nehmen Armut in ihrer Familie zwar noch nicht direkt wahr, deren Wirkung schlägt sich aber indirekt über das Bewältigungsverhalten der Eltern nieder. Dabei ist eine Verbesserung der finanziellen Situation eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung. Ein möglichst konfliktfreies Familienklima, ein kindzentrierter Alltag und viele gemeinsame Aktivitäten von Eltern und Kindern sind in diesem Alter entscheidende „Schutzfaktoren".

Kinder im Alter von zehn Jahren

Die sich im Vorschulalter herausbildenden Defizite verfestigen sich in der Grundschulzeit massiv, gleichwohl ist ein hohes Maß an Entwicklungsdynamik auszumachen. Nicht alle Kinder, die als 6-Jährige arm waren, sind auch als 10-Jährige weiterhin arm und nicht alle, die vor Schulbeginn multipel depriviert waren, sind es auch noch am Ende der Grundschulzeit. Generell gilt aber: Je früher, je schutzloser und je länger Kinder einer Armutssituation ausgesetzt sind, desto rasanter fährt der Fahrstuhl nach unten und umso geringer wird die Möglichkeit, individuell die eigentlichen Potenziale herauszubilden und Zukunftschancen zu bewahren.

Tabelle 2: Verteilung der Einschränkungen in den Lebenslagedimensionen der 10-Jährigen und Armut – 2. Welle 2003/04

Lebenslage-dimension	Arme Kinder	Nicht-arme Kinder		
	(< 50 %)	Prekärer Wohlstand (50 % – 75 %)	Unterer Durch-schnitt (75 % – 100 %)	Oberer Durch-schnitt (> 100 %)
Materielle Lage/Grund-versorgung	51,6 %	9,2 %	5,3 %	0,0 %
Kulturelle Lage	37,7 %	19,0 %	9,5 %	3,6 %
Soziale Lage	34,6 %	16,0 %	15,8 %	3,6 %
Gesundheitliche Lage	25,8 %	23,3 %	21,1 %	8,4 %
N = 500	159	163	95	83

Lesehilfe: 51,6 Prozent der Kinder in relativer Armut haben Defizite in der Grundversorgung.
Quelle: Gerda Holz/Antje Richter/Werner Wüstendörfer/Dietrich Giering, Zukunftschancen von Kindern!? Zur Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit, Bonn–Berlin 2005, S. 67.

Umgekehrt gilt: Je gefestigter die finanzielle Situation der Familie ist, desto sicherer sind die Lebens- und Entwicklungsbedingungen für die Kinder. Diese Gesetzmäßigkeit scheint besonders für die Grundversorgung (Wohnung, Nahrung, Kleidung) und die Teilhabe am allgemeinen Konsum zu gelten (*Tabelle 2*). Während hier mehr als jedes zweite arme Kind Einschränkungen erfährt, ist davon kein Kind im „gesicherten Wohlstand" (> 100 Prozent des Durchschnittsäquivalenzeinkommens) betroffen. Die Ergebnisse stehen im Gegensatz zu denen der erwachsenenbezogenen Armutsforschung. So stellte Werner Hübinger[11] tendenziell keine bemerkenswerten Divergenzen zwischen dem Einkommens- und Versorgungsniveau, vor allem zwischen den Gruppen „Armut" und „prekärer Wohlstand" fest.

Die Zahlen in *Tabelle 2* weisen kindbezogen darauf hin, dass viele Eltern im prekären Einkommensbereich „knappes" zusätzliches Einkommen zunächst einmal ihren Kindern zugute kommen lassen und so deren Lebenslage verbessern können. Doch es gibt offen-

[11] Vgl. Werner Hübinger, Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit, Freiburg im Breisgau 1996.

bar Bewältigungsgrenzen. Werden diese überschritten, sind die negativen Folgen nicht mehr aufzuhalten. Diese wirken dann umfassend und in allen Lebenslagedimensionen, von der Bildung über die Gesundheit bis zur sozialen Integration.[12]

Zur materiellen Grundversorgung: Erneut ist hier die größte Ungleichheit festzustellen: Vor allem Kinder mit Migrationshintergrund und arme Mädchen waren überdurchschnittlich betroffen. Ausdruck der Mangellage ist z. B., in der elterlichen Wohnung keinen eigenen Raum zu haben und Einschränkungen bei der Kleidung und/oder beim Spielzeug hinnehmen zu müssen. Jungen verfügten eher über ein eigenes Zimmer und ein eigenes TV-Gerät. Sie erhielten regelmäßig (höheres) Taschengeld. Die Gruppe der Mädchen erfuhr mehr Einschränkungen in der Ernährung und Kleidung, bei Kinderspielzeug und Urlaub bzw. Ferienaktivitäten sowie beim Besitz eines Fahrrades.

Zur kulturellen Lage: Arme Kinder haben weitaus weniger allgemeine und altersgemäße Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten. Das zeigte sich z. B. bei der Vereinsmitgliedschaft, der Teilnahme an freiwilligen Kursen inner- und außerhalb der Schule oder auch am Zugang zu kindergerechten Informationsmöglichkeiten im Internet; 36 Prozent der armen, aber 70 Prozent der nicht-armen Kinder hatten diesen. Die Schulkarriere verlief zu Ungunsten der armen Kinder. Bei ihnen sind zu frühe Einschulungen oder Rückstellungen sowie Klassenwiederholungen häufiger, die Durchschnittsnoten am Ende der Grundschule schlechter, und der Wechsel ins Gymnasium erfolgt seltener, jener in Förder- und Hauptschulen dafür häufiger.

Zur sozialen Lage: Arme Kinder können z. B. seltener andere Kinder mit nach Hause bringen und seltener ihren Geburtstag feiern. Sie haben weniger Gelegenheiten, über Vereinsaktivitäten soziale Kontakte zu schließen und zu pflegen. Die Daten der AWO-ISS-Studien bestätigen die Ergebnisse einer von Antje Richter durchgeführten Analyse des sozialen Netzwerkes von 6- bis 12-Jährigen mit und ohne Unterversorgungslagen.[13] Der Vergleich offenbart sehr eindrücklich die eklatante Benachteiligung armer Kinder. Bei diesen entfallen fast alle kulturellen Angebote, und der Zugang zur klassischen Kinder- und Jugendhilfe ist bereits eingeschränkt.

Zur gesundheitlichen Lage: Die Unterschiede sind nach wie vor gering; das subjektive Wohlbefinden und der aktuelle Gesundheitszustand ähneln sich. Bereits mittelfristig sind aber gegenläufige Verläufe zu erwarten, denn die armen Kinder wiesen als 10-Jährige ein höheres Ausmaß an „Risikoverhalten“ auf: Sie nahmen ihre Mahlzeiten unregelmäßiger ein, hatten mehr Gewichtsprobleme, häufiger einen bedenklichen Medienkonsum sowie frühzeitiger und häufiger Suchtmittelkontakte (Zigaretten, Alkohol). Rauchen ist dabei das Eingangstor: 27,8 Prozent der armen und 16,8 Prozent der nicht-armen Jungen hatten bereits Erfahrungen mit Zigaretten (Mädchen: 18,2 Prozent vs. 7,0 Prozent). Die Werte zum Alkoholgenuss sind zwar niedriger, aber auch hier wurden Werte zwischen 10 und 17 Prozent erreicht. Es ist vor diesem Hintergrund dringend notwendig, Suchtprävention konzeptionell in der KiTa- und Grundschularbeit zu verankern.[14]

Schließlich lässt sich die Gesamtlebenssituation beider Gruppen fast nicht mehr vergleichen. Die Lage der Kinder mit Migrationshintergrund hat kaum mehr etwas gemein mit jener der Kinder ohne einen solchen. Die Ursache dafür ist nicht in erster Linie der kulturelle Hintergrund, sondern die soziale Lage mit dem mehr als doppelt so hohen Armutsrisiko. Kumulieren Armut und Migrationshintergrund, dann vergrößern sich die Problemlagen zusehends. Gender-Effekte sind häufig und beachtlich ausgeprägt. Das betrifft sowohl die Lebenslage als auch das Bewältigungshandeln. Weitaus mehr Mädchen als Jungen zählen nun zum Lebenslagetyp „Wohlergehen“ (42,1 Prozent Mädchen vs. 31,4 Prozent Jungen). Dies wird geprägt

[12] Vgl. Uta Meier/Heide Preuße/Eva Maria Sunnus, Steckbriefe der Armut. Haushalte in prekären Lebenslagen, Wiesbaden 2003.

[13] Vgl. Antje Richter, Wie erleben und bewältigen Kinder Armut?, Aachen 2000, Anhang.

[14] Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung arbeitet dazu bereits in Schulen, allerdings konzentriert auf spätere Altersgruppen in den 5. bis 10. Klassen, siehe www.bzga.de. Vgl. auch Andreas Klocke/Thomas Lampert, Armut bei Kindern und Jugendlichen. Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Heft 4, vollständig überarbeitete Neuauflage, Berlin 2005.

durch die nicht-armen Mädchen: Jedes zweite wächst im Wohlergehen auf, dagegen nur noch jedes siebte arme. Im Bewältigungsverhalten finden sich bereits all jene Geschlechterstereotypen, die in Praxis und Forschung bisher meist erst für die Phase der (Nach-)Pubertät festgestellt wurden.[15]

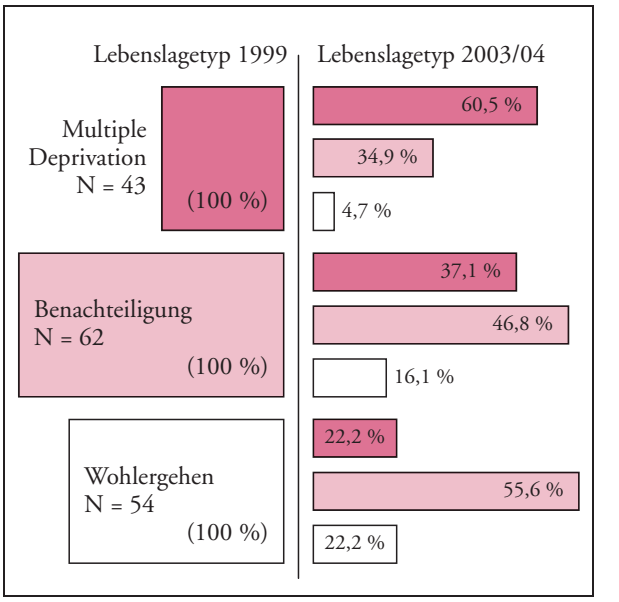
Armutsfolgen bis zum Ende der Grundschulzeit

Die am Ende der KiTa-Zeit bereits festgestellte Ungleichheit nimmt während der Grundschulzeit zu. Mehr als ein Drittel (38 Prozent) der untersuchten Kinder hat zwischen 1999 und 2003/04 Armutserfahrungen gemacht, davon lebten rund 17 Prozent unter permanenten Armutsbedingungen. Es finden sich stark divergierende Lebens- und Entwicklungsverläufe. Unter den armen Kindern überwiegen die negativen: Zunahme von Auffälligkeiten in den Lebenslagen und Wechsel des Lebenslagetyps zum Beispiel von Benachteiligung nach multipler Deprivation. Bei den nicht-armen Kindern dominiert eine gefestigte positive Entwicklung: zum Beispiel Verbleib im Wohlergehen oder Wechsel von Benachteiligung zum Wohlergehen.

Gleichzeitig ist aber auch eine hohe Dynamik zu konstatieren: Mehr als die Hälfte der Kinder wechselte zwischen 1999 und 2003/04 den Lebenslagetypus: Genauso wenig wie „einmal arm – immer arm" gilt, gilt also auch nicht „einmal multipel depriviert – immer multipel depriviert". Aber die Tendenz ist eindeutig: Bildlich gesprochen, geht der Fahrstuhl für arme Kinder eher nach unten oder bleibt auf der untersten Etage stehen. Dagegen fährt er für die nicht-armen ganz überwiegend nach oben oder hat die oberste Etage nie verlassen: So verblieben aus der Gruppe der armen Grundschüler/-innen 60,5 Prozent zwischen 1999 und 2003/04 im Typ „multipel depriviert", während dies aus der Gruppe der nicht-armen Grundschüler/-innen „nur" für 22 Prozent zutrifft (*Abbildungen 2 und 3*).

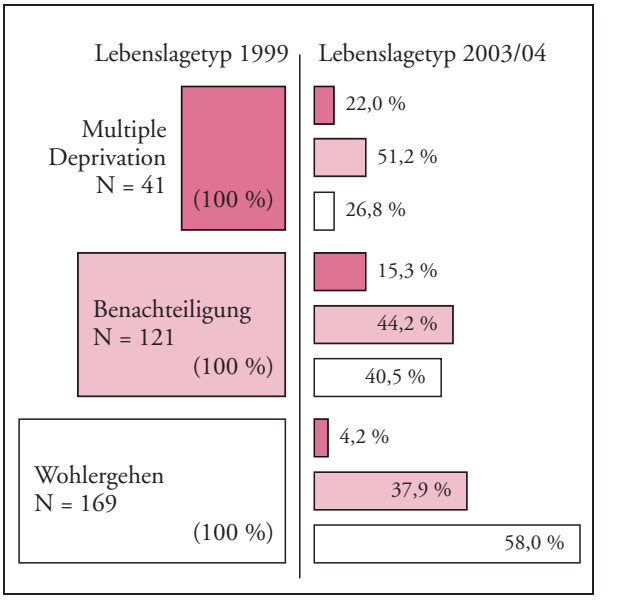
[15] Vgl. Ursula Boos-Nünning, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, Armut und soziale Deprivation, in: Margherita Zander (Hrsg.), Kinderarmut, Wiesbaden 2005, S. 161–180; Gerda Holz, Armut bei Kindern. Unterschiedliche Lebenslagen und Bewältigungsmuster bei Mädchen und Jungen, in: Betrifft Mädchen, (2006) 1, S. 15–20.

Abbildung 2: Dynamik der Lebenslagetypen bei armen Kindern – von 1999 bis 2003/04



Lesehilfe: Die 54 armen Kinder, die 1999 im Wohlergehen lebten, nahmen bis 2003/04 folgenden Entwicklungsverlauf: 22,2 Prozent erlebten eine massive Verschlechterung nach „multiple Deprivation", 55,6 Prozent eine Verschlechterung nach „Benachteiligung", und 22,2 Prozent verblieben konstant im „Wohlergehen".
Quelle: Gerda Holz/Antje Richter/Werner Wüstendörfer/Dietrich Giering, Zukunftschancen von Kindern?! Zur Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit, Bonn–Berlin 2005, S. 138.

Abbildung 3: Dynamik der Lebenslagetypen bei nicht-armen Kindern – von 1999 bis 2003/04



Lesehilfe und *Quelle:* vgl. Abbildung 2.

Schutzfaktoren

Über welche individuellen, sozialen und kulturellen Ressourcen ein Kind verfügt und welche Handlungsstrategien respektive welches Bewältigungshandeln bei Belastungen entwickelt werden – diese Fragen rücken in Deutschland mehr und mehr in den Blick von Forschung und Praxis. Die (Resilienz-)[16] Forschung zeigt, dass persönliche, familiäre und außerfamiliäre Ressourcen auf die (früh-) kindliche Entwicklung einwirken und eine Vielzahl von intervenierenden Variablen beinhalten. Ebenso sind außerfamiliäre Förderangebote und Sozialisationsinstanzen wie KiTas und der unmittelbare Lebensraum entscheidende Einflussfaktoren. Sie wirken als Risiko- und/oder Schutzfaktoren.[17] Als *Risikofaktor* wird nach Norman Garmezy[18] ein Merkmal bezeichnet, das bei einer Gruppe von Individuen, auf die dieses Merkmal zutrifft, die Wahrscheinlichkeit des Auftretens einer Störung im Vergleich zu einer unbelasteten Kontrollgruppe erhöht. Es gibt zwei Gruppen: (a) biologische und psychologische Merkmale des Individuums = Vulnerabilität (z. B. schwieriges Temperament) und (b) psychosoziale Merkmale der Umwelt des Individuums = Stressoren (z. B. Armut, schlechtes Familienklima). Wichtig zu beachten ist, dass die Wahrscheinlichkeit einer Störung erhöht, nicht aber determiniert ist: Risikofaktoren müssen nicht zwangsläufig zu einer negativen Entwicklung führen. In den meisten Fällen hat eine bestimmte Risikokonstellation besondere Gefährdungen und Belastungen zur Folge. Risikofaktoren sind dann in einen spezifischen Kontext eingebunden, durch den die negative Wirkung ausgelöst wird. *Schutzfaktoren* wiederum sind Merkmale, die die potenziell schädlichen Auswirkungen von Belastungen vermindern oder ausgleichen. Es finden sich zwei Gruppen: (a) Personale Ressourcen – Resilienz (d. h. protektive Faktoren, die in der Person des Kindes begründet sind), und (b) soziale Ressourcen (d. h. Faktoren, die in der Betreuungsumwelt des Kindes und hier wiederum inner- und/oder außerhalb der Familie liegen).

Armut ist der größte Risikofaktor für die kindlichen Lebenschancen. Die AWO-ISS-Studien belegen ebenso die Existenz von Schutzfaktoren – in beachtlicher Zahl und wirkungsvoll. Dazu zählen u. a. das (Alltags-) Bewältigungshandeln von Eltern, das Erlernen von positiven Handlungsstrategien und eine gelingende, weil geförderte, soziale Integration in Peergroups sowie das soziale und schulische Umfeld. Armen und nicht-armen Kindern steht zudem eine unterschiedliche Anzahl an Schutzfaktoren zur Verfügung. Es besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Gesamtzahl von Schutzfaktoren und dem Lebenslagetyp. Im Wohlergehen aufwachsende Kinder weisen mehr Schutzfaktoren (13,7) auf als multipel deprivierte (11,3 Faktoren).[19] Es besteht weiterhin ein Zusammenhang zwischen der Zahl der verfügbaren Schutzfaktoren und dem kindlichen Entwicklungsverlauf: Kinder, die zwischen 1999 und 2003/04 eine gefestigte positive Entwicklung durchliefen, besaßen mehr Schutzfaktoren als Kinder, die im selben Zeitraum konstant multipel depriviert waren (13,6 vs. 10). Das lässt bei der Veränderung von Rahmenbedingungen des Aufwachsens eine unmittelbare Wirkung auf die Lebenslage und das Bewältigungsverhalten von Minderjährigen erkennen. Es sind nicht die Selbstheilungskräfte (der Familie), sondern soziale Förderung, Ausgleich und Umverteilung, die den Kindern eine wirkliche Zukunft eröffnen. Dieses Wissen wiederum bietet mannigfache Chancen zum gesellschaftlichen und staatlichen Handeln im Sinne einer kindbezogenen (Armuts-)Prävention.

[16] Unter Resilienz werden die psychischen Widerstandskräfte von Kindern gegenüber biologischen, psychologischen und psychosozialen Entwicklungsrisiken verstanden. Resilienz umfasst eine positive, gesunde Entwicklung trotz hohem Risikostatus, die beständige Kompetenz unter extremen Stressbedingungen sowie die positive bzw. schnelle Erholung von traumatischen Erlebnissen.

[17] Vgl. Antje Richter; dies., Risiko und Resilienz, www.kindergartenpaedagogik.de/1286.pdf. (4. 4. 2006); Sabine Walper, Tragen Veränderungen in den finanziellen Belastungen von Familien zu Veränderungen in der Befindlichkeit von Kindern und Jugendlichen bei?, in: Zeitschrift für Pädagogik, (2005) 2, S. 170–191; Corinna Wustmann, Die Blickrichtung der neueren Resilienzforschung. Wie Kinder Lebenslagen bewältigen, in: ebd., S. 192–206.

[18] Vgl. Petra Kolip, Freundschaften im Jugendalter. Der Beitrag sozialer Netzwerke zur Problembewältigung, Weinheim 1993.

[19] Vgl. G. Holz u. a. (Anm. 2), S. 191–200 (Zahl in den Klammern = arithmetischer Mittelwert).

Resümee

Armutsprävention als übergreifendes Handlungskonzept setzt zum einen auf der Ebene der Gestaltung von Rahmenbedingungen (Verhältnisse) und zum anderen auf der Ebene der Beeinflussung individueller Lebensgestaltung (Verhalten) an. Es beinhaltet politische, pädagogische und planerische Elemente. Darin einzubinden ist künftig ein Konzept „kindbezogener Armutsprävention", das in sich den Ansatz der Vermeidung beziehungsweise Bekämpfung von Risiken und Defiziten (Prävention) – zu welchem Zeitpunkt auch immer – sowie den Ansatz der kontinuierlichen Förderung von Ressourcen und Kompetenzen (Resilienz) vereint. Kindbezogene Armutsprävention umfasst sowohl eine Einflussnahme auf die Lebensverhältnisse als auch auf das Verhalten von Kindern. Sie zielt ab auf die Förderung eines Aufwachsens im Wohlergehen und nicht nur auf die Abwehr negativer Armutsfolgen. Im Zentrum steht das Kind mit seinen Lebenszusammenhängen und Entwicklungserfordernissen, Potenzialen, Kompetenzen und Ressourcen.

Erste Paradigmenwechsel hin zur (Armuts-) Prävention als strategischem Ansatz finden sich bisher vor allem auf kommunaler Ebene (z. B. Monheim am Rhein, Dormagen, Augsburg), aber noch in viel zu geringer Zahl. Gleichzeitig scheint es dringend geboten, die strukturellen Rahmenbedingungen in Deutschland insgesamt so zu verändern, dass die Ursachen und Risiken für Kinder, überhaupt von Armut betroffen zu sein und unter benachteiligenden Bedingungen mit Langzeitwirkung aufwachsen zu müssen, beseitigt werden. Dass dies möglich ist, hat der politische Umgang mit Armut anderer Bevölkerungsgruppen in früheren Jahrzehnten (etwa soziale Absicherung des Alters in den neunziger Jahren) gezeigt. Nun geht es darum, entsprechende Schritte und Maßnahmen umzusetzen, um das gegenwärtige Gesellschaftsproblem nicht noch länger zu einem Zukunftsproblem werden zu lassen. Notwendige und vor allem zielführende Diskussionen sind dann allerdings unter anderen Vorzeichen zu führen – vor allem kinderpolitisch – als unter den eingangs skizzierten.

Olaf Groh-Samberg · Matthias Grundmann

Soziale Ungleichheit im Kindes- und Jugendalter

Die Diskussion um soziale Ungleichheiten und Ausgrenzungen im Kindesalter markiert einen Wendepunkt. Mit dem „Ende der fordistischen Kindheit" (Ilona Ostner), die zumindest in der allgemeinen Wahrnehmung als ein Moratorium, eine Phase des relativen Schutzes vor gesellschaftlichen Zumutungen erschien, sind die zunehmenden Gefahren einer frühen sozialen Ausgrenzung erneut – wenn auch zögerlich – in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Materielle, aber auch Bildungs- und Kompetenzarmut, ethnische und urbane Segregation sowie gesundheitliche Gefährdungen von Kindern umschreiben das Problem, dass die „postfordistische Kindheit" verknüpft ist mit dem Risiko, schon in frühen Lebensjahren von Mindeststandards der sozialen Teilhabe ausgegrenzt zu werden.

Olaf Groh-Samberg
M.A., geb. 1971; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Münster, Scharnhorststraße 121, 48151 Münster.
groh@uni-muenster.de
Matthias Grundmann
Dr. phil., geb. 1959, Professor am Institut für Soziologie der Universität Münster.
matthias.grundmann@uni-muenster.de

In der Zunahme der Armut von Kindern und Jugendlichen verschränken sich zwei parallele Entwicklungen: Erstens ist sie Ausdruck einer Polarisierung zwischen haushaltsspezifischen Lebensformen. Kinder zu haben, stellt in Deutschland ein zunehmendes Armutsrisiko dar, was nicht zuletzt angesichts der demographischen Entwicklung als politischer Skandal bezeichnet werden muss.[1] Zweitens scheinen auch die sozialen

[1] Dazu differenziert Christoph Butterwegge/Michael Klundt (Hrsg.), Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien und Sozialpolitik im demografischen Wandel, Opladen 2002.

Ungleichheiten zwischen Kindern bzw. Familien zuzunehmen, worunter wir primär die „vertikalen“ Ungleichheiten der Lebenslagen und der Lebenschancen verstehen. Dieser Entwicklung gilt im Folgenden unser Hauptinteresse, denn sie kann als Seismograph gesamtgesellschaftlicher Entwicklungstrends betrachtet werden.

Zum einen schlagen sich die ungleichheitsverursachenden makrosozialen Trends – etwa die Entwicklungen am Arbeitsmarkt und des Sozialstaats – unmittelbar und schneller in Ungleichheiten zwischen jungen Familien nieder als etwa in Ungleichheiten zwischen „älteren“ Haushalten oder auch jungen Singles. Im Lebensverlauf ist die Phase der Familiengründung am anfälligsten für aktuelle gesellschaftliche und politische Veränderungen, weil sie in hohem Maße sowohl markt- wie staatsabhängig ist und weil in den Entscheidungen der Familiengründung diese Rahmenbedingungen sehr sensibel wahrgenommen werden. Zum anderen prägt die Wahrnehmung und Verarbeitung sozialer Ungleichheiten die Sozialisation der Kinder. Sie erfahren und bewerten ihre eigene soziale Lage nicht im Vergleich zu Rentnerhaushalten oder kinderlosen Paaren, sondern zu jenen von Gleichaltrigen. Die Ungleichheiten zwischen Kindern und Jugendlichen bestimmen damit sowohl ihre objektiven Lebenschancen als auch ihre subjektiven Erwartungen und Einstellungen und stellen damit die Weichen für die Zukunft sozialer Ungleichheit.

Die Gefahr der Ausgrenzung der nachwachsenden Generationen fungiert aber nicht nur als Seismograph, sie reflektiert auch die Versäumnisse der Vergangenheit. Wie die lebensverlaufstheoretische Ungleichheitsforschung zeigen konnte, bauen sich soziale Ungleichheiten erst allmählich im Lebensverlauf auf. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass sich die sozialen Ungleichheiten in der Elterngeneration schon lange festgesetzt haben müssen, wenn sie sich in der Generation ihrer Kinder schon so frühzeitig Bahn brechen.

Armut von Kindern und Jugendlichen

Die Armutsbetroffenheit von Kindern und Jugendlichen bildet seit den neunziger Jahren einen Schwerpunkt in der Armutsforschung. Der als „Infantilisierung der Armut“ bezeichnete Prozess lässt sich besonders ausgeprägt anhand der Entwicklung der Sozialhilfe nachzeichnen. Während in den siebziger Jahren die Gruppe der alten Menschen, insbesondere der alten Frauen, zur dominanten Empfängergruppe der Sozialhilfe zählte, hat sich das Altersgefälle seither in einer kontinuierlichen Entwicklung umgekehrt. Die Messung von Armut anhand wissenschaftlicher Armutskonzepte gestaltet sich insofern schwieriger, als in jedes Armutskonzept eine Reihe von Setzungen und Wertungen eingehen, die insbesondere für die haushaltsspezifischen Armutsrisiken zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können. Ohne hier in die Details gehen zu wollen, legen wir im Folgenden einen komplexen Armutsindikator zu Grunde, der neben dem Einkommen auf den vier Lebenslagendimensionen – Wohnungsversorgung, finanzielle Rücklagen, materielle Lebensstandards und Arbeitslosigkeit für einen Zeitraum von fünf Jahren – basiert.[2] Der Vorzug eines solchen Indikators liegt darin, materielle Lebenslagen differenzierter erfassen zu können. So lässt sich die *extreme Armut*, die durch ein dauerhaftes Zusammenwirken von Einkommensarmut und materiellen Lebenslagendeprivationen gekennzeichnet ist, abgrenzen von (zeitlich) temporären und von (multidimensional) inkonsistenten Armutslagen.[3] Zugleich treten Formen der Prekarität oder Vulnerabilität – also des Lebens an der Grenze zur Armut – hervor. Auf der anderen Seite lassen sich die Personen im gesicherten Wohlstand abgrenzen, die dauerhaft vor Einkommensprekarität und Lebenslagendeprivationen geschützt sind, wobei eine weitere Gruppe im unstabilen Wohlstand zumindest zeitweise in prekäre Lagen gerät. Durch die Kombination einer multidimensionalen und

[2] Datenbasis ist die repräsentative Längsschnittstudie des Sozioökonomischen Panels (SOEP). Zur Konstruktion des Armutsindikators siehe Olaf Groh-Samberg, Armut und Klassenstruktur. Zur Kritik der Entgrenzungsthese aus einer multidimensionalen Perspektive, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 56 (2004) 4, S. 653–682.

[3] Von temporärer Armut wird hier gesprochen, wenn sich – in Bezug auf Einkommen *und* Lebenslagen – neben Jahren der Armut auch solche des Wohlstands ausmachen lassen. Einseitige Armut meint komplementär, dass Einkommensarmut *dauerhaft* mit intakten Lebenslagen einhergeht oder umgekehrt. Insofern repräsentieren diese Typen auch Formen der „Entstrukturierung“ von Armut, die jedoch in einer kombinierten Betrachtungsweise geringer ausfällt, als von der dynamischen Armutsforschung zunächst angenommen. Vgl. O. Groh-Samberg (Anm. 2).

längsschnittigen Messung von Armut lässt sich die Validität des gebildeten Indikators deutlich erhöhen. Das ermöglicht nicht nur eine präzisere deskriptive Analyse von Armut in Deutschland, sondern schafft auch eine bessere Grundlage für die Analyse der Auswirkungen von Armut bei Kindern.

Die *Tabelle 1* zeigt die Verteilung der Bevölkerung auf die gebildeten Armutsgruppen. Etwa acht Prozent der deutschen Bevölkerung leben in extremer, weitere acht Prozent in temporärer oder einseitiger Armut und etwa zehn Prozent in einer dauerhaften Lage der Prekarität. Diese drei Gruppen von zusammen etwa einem Viertel der Bevölkerung bilden das sozialpolitische Risikopotenzial der Armut, wie es auch im deutschen Armuts- und Reichtumsbericht ausgewiesen wird. Knapp zwei Drittel der deutschen Bevölkerung sind dagegen vor Armut weitgehend geschützt. Für weitere neun Prozent der Bevölkerung ist der Wohlstand phasenweise oder in einzelnen Lebensbereichen brüchig.

Tabelle 1: Armut und Prekarität, nach Altersgruppen (Personen in Prozent)

		Alter in Jahren (im Jahr 2000)					
	Total	0–6	7–16	17–25	26–40	41–60	über 60
stabiler Wohlstand	64,3	55,3	54,1	48,3	63,8	69,7	72,8
unstabiler Wohlstand	9,0	7,7	8,3	11,8	10,0	8,2	8,8
Prekarität	10,1	11,7	15,9	15,2	9,6	7,6	8,5
extreme Armut	7,9	11,5	13,7	10,9	7,5	6,8	4,4
temporäre Armut	5,5	8,7	4,4	12,0	5,9	4,6	2,9
einseitige Armut	3,1	5,1	3,6	1,8	3,3	3,2	2,6
Total	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: SOEP, Wellen 2000–2004, balanciertes Panel (N=20775).

Im Vergleich über die Altersgruppen hinweg zeigt sich der bekannte Befund, dass Kinder und Jugendliche die höchsten Armutsquoten aufweisen. Am stärksten betroffen sind Schulkinder im Alter von 7 bis 16 Jahren. Die Jugendlichen (17 bis 25 Jahre) weisen im Vergleich zu ihnen zwar eine etwas geringere Quote extremer Armut auf, aber es wird ebenfalls deutlich, dass in dieser schwierigen Statuspassage (Übergang in die Selbstständigkeit) Armut zumindest temporär sehr häufig auftritt und nur noch weniger als die Hälfte der Jugendlichen dauerhaft vor Armut und Prekarität geschützt sind. Eine allein altersbezogene Betrachtung von Kinderarmut verdeckt jedoch die Ungleichheiten zwischen Kindern und Jugendlichen, auf die wir uns im Folgenden konzentrieren wollen. Wir legen dabei eine aggregierte Form des Armutsindikators zu Grunde, der zwischen den drei Gruppen des Wohlstands, der Prekarität (inklusive einseitiger und temporärer Armut) und der extremen Armut unterscheidet.

Ungleiche Kindheiten

Die Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen sind hochgradig durch die sozialen Merkmale der Herkunftsfamilien differenziert. Haushaltsspezifisch betrachtet ist das Armutsrisiko bei den Kindern am größten, die in Alleinerziehenden-Haushalten leben. Über ein Drittel aller Kinder in diesen Haushalten leben in extremer Armut. Bei Familien mit mehr als zwei Kindern unter 17 Jahren sind es rund ein Fünftel. Kinder in Paarhaushalten mit ein bis zwei Kindern sind dagegen „nur“ zu etwa sechs Prozent von extremer Armut betroffen. Obwohl diese haushaltsspezifischen Differenzen bereits enorm sind, vermitteln sie ein verkürztes Bild. So zeigen sich innerhalb eines jeden Haushaltstyps extreme klassenspezifische Differenzen. Familien der höheren sozialen Klassen – in denen 46 Prozent aller Kinder leben – haben ein sehr geringes Armutsrisiko. Ist der Haushaltsvorstand dagegen einfacher Arbeiter, findet sich jedes sechste in kleineren und annähernd jedes zweite Kind in größeren Familien in extremer Armut. Auch bei den Alleinerziehenden zeigt sich eine klare Klassendifferenzierung, wobei etwa zwei Drittel aller armen Kinder in Alleinerziehenden-Haushalten eine Arbeiterin als Mutter haben (*Tabelle 2*).

Insgesamt leben 56 Prozent aller armen Kinder in einfachen Arbeiterhaushalten und weitere 24 Prozent in Facharbeiterhaushalten. Es sind also vor allem die Kinder aus der Arbeiterklasse, die ein erhöhtes Armutsrisiko tragen und die auch die große Mehrheit unter den armen Kindern in Deutschland stellen. Das gilt nochmals verstärkt für die eingewanderten

Tabelle 2: Armut und Prekarität von Kindern nach Herkunftsfamilien (in Prozent)

	Quoten (Zeilen-%)			Struktur (Spalten-%)				
	Wohl-stand	Preka-rität	extreme Armut	Wohl-stand	Preka-rität	extreme Armut	Total	
Alleinerziehende								
Höhere Klassen	41,7	36,4	22,0	4,2	9,6	1,2	6,4	220
Arbeiterklassen	18,1	21,6	60,3	1,3	4,2	22,8	4,7	181
Total	31,6	30,1	38,3	5,5	13,9	34,0	11,1	401
Paare mit 1–2 Kindern								
Höhere Klassen	86,5	10,6	2,9	50,2	16,3	8,6	36,9	1455
FacharbeiterInnen	68,8	27,1	4,1	18,5	19,3	5,7	17,1	843
Einfache ArbeiterInnen	42,1	40,7	17,2	9,3	23,9	19,5	14,1	633
darunter: mit Migrationshintergrund	31,6	42,7	25,7	2,5	9,1	10,6	5,1	252
Total	72,9	21,0	6,2	78,0	59,5	33,8	68,1	2931
Paare mit 3+ Kindern								
Höhere Klassen	74,8	24,8	0,4	11,0	9,7	0,3	9,3	477
FacharbeiterInnen	45,4	27,9	26,8	3,8	6,2	11,4	5,3	245
Einfache ArbeiterInnen	17,0	41,9	41,1	1,7	10,9	20,6	6,2	299
darunter: mit Migrationshintergrund	11,8	37,3	50,9	0,7	6,0	15,8	3,9	170
Total	50,1	30,7	19,2	16,5	26,7	32,2	20,9	1021
Total	***63,5***	***24,0***	***12,5***	*100*	*100*	*100*	*100*	***4353***

Quelle: SOEP, Wellen 2000–2004, balanciertes Panel, nur Kinder geboren 1984–2000.

Arbeiterfamilien. Arbeiterfamilien mit Migrationshintergrund stellen die größte Armutsgruppe in Deutschland dar. Allein ein Viertel aller armen Kinder leben in diesen Haushalten.

Armut ist damit eingebettet in die klassen- und migrationsspezifische Strukturierung sozialer Ungleichheiten. Die Rede von der „Infantilisierung" der Armut ist insofern einseitig, als sie nur auf den Aspekt der Polarisierung zwischen Haushaltsformen mit und ohne Kinder(n) abhebt und die sozialstrukturellen und ethnischen Polarisierungen ausblendet. Kinderarmut steht im Schnittfeld mehrfacher gesellschaftlicher Spaltungsprozesse: zwischen kinderreichen und kinderlosen Lebensformen, zwischen Arbeiterklassen und höheren sozialen Klassen, zwischen Einheimischen und Zugewanderten.

Bewältigungsstrategien

Der systematische Zusammenhang von Armut – im Sinne der Unterschreitung von Mindeststandards der Teilhabe – und sozialer Ungleichheit – im Sinne herkunftsspezifisch ungleicher Lebenschancen – hat bedeutsame Konsequenzen für die Frage der Auswirkungen und möglichen Bewältigungsstrategien von Armut bei Kindern und Jugendlichen. Die empirischen Forschungen dazu verweisen immer wieder darauf, dass kein mechanischer Zusammenhang zwischen materieller Armut und dem Entwicklungsverlauf von Kindern und Jugendlichen besteht. Zwar zeigen sich in globaler Betrachtung durchgängig negative Effekte, aber diese sind häufig nicht sehr stark, und es existieren große Unterschiede und Variationen. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass Armut häufig nur unzureichend erfasst wird. Dennoch ist festzuhalten, dass auch unter Armutsbedingungen unproblematische Verläufe von Kindheit möglich sind.[14]

[14] Vgl. stellvertretend zum Forschungsstand die Beiträge in Andreas Klocke/Klaus Hurrelmann (Hrsg.), Kinder und Jugendliche in Armut, Wiesbaden 2001², und in Margherita Zander (Hrsg.), Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung und Praxis, Wiesbaden 2005.

In diesen Forschungen wird insbesondere auf die Bedeutsamkeit der Familie und der sozialen und kulturellen Ressourcen verwiesen. Die Qualität der familialen Beziehungen und die Mobilisierbarkeit von sozialem und kulturellem Kapital haben ganz entscheidenden Einfluss darauf, wie Kinder die materiellen Problemlagen im elterlichen Haushalt erfahren. Ein sicheres Bindungsmuster zwischen Eltern und Kind, eine Ausbalancierung von disziplinierenden und unterstützenden Erziehungsmethoden, eine Einbindung in verwandtschaftliche und nachbarschaftliche soziale Netze und in Vereinsstrukturen oder eine gute Schule und Wohngegend können als „protektive Faktoren" wirken, die auch unter Armutsbedingungen eine hohe Selbstwirksamkeitserfahrung und einen unproblematischen Sozialisations- und Lebensverlauf der Kinder gewährleisten.

Solche Erkenntnisse können zwar durchaus positive Anhaltspunkte für sozialpädagogische Interventionen liefern. Aus einer ungleichheitssoziologischen Perspektive betrachtet bergen sie jedoch auch die Gefahr, einer „Individualisierung" von Armut Vorschub zu leisten, wenn soziale Kontexte ausgeblendet werden. Die Forschungsfragen nach den *coping*- bzw. Bewältigungsprozessen von Armut bei Kindern und nach den Bedingungen für Resilienz stammen aus der Stress- und Entwicklungspsychologie. Bei der Übertragung dieser Ansätze auf Armut stellt sich das zentrale Problem, was als Kriterium einer positiven Bewältigung von Armut gelten soll. Dies kann einerseits eine „Überwindung" der Armutssituation selbst sein. Hier besteht die Gefahr, die Logik von Sozial- und Arbeitsagenturen zu übernehmen, für die ein Problem dann beseitigt ist, wenn ihre Klienten aus dem Transferbezug entlassen sind. Ein dauerhaftes Verweilen in Armut erscheint in dieser Perspektive rasch als Ergebnis eines negativen *coping*. So unterscheidet die Bremer Armutsforschung die Bewältigungstypen des „Erleidens" und des „Handelns" nach dem Kriterium, inwieweit „biographische Probleme jenseits der bloßen Sicherung materiellen Überlebens" einer Lösung zugeführt werden oder eine „Verengung" des Lebenshorizonts auf die Situation der Armut und Transferabhängigkeit stattfindet.[5]

[5] Stephan Leibfried u. a., Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat, Frankfurt/M. 1995, S. 185.

Legt man andererseits einen Maßstab an, der enger an der psychologischen Herkunft der Konzepte orientiert bleibt, dann heißt positive Bewältigung von Armut lediglich, dass die betroffenen Kinder psychisch gesund bleiben. Es spricht jedoch viel dafür, dass sich die geringsten psychosozialen Dissonanzen gerade bei denjenigen Armutsgruppen finden, die sich in ihren Lebensführungsmustern und Erwartungen auf ein Leben in dauerhafter bzw. immer wiederkehrender Armut und Benachteiligung eingestellt haben. Das kann in der Form der Bescheidenheitsethik der respektablen Facharbeitermilieus geschehen, die trotz integrierter Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen nur geringe Bildungsaspirationen, eine hohe Risikoaversion und einen „Geschmack am Notwendigen" (Pierre Bourdieu) ausbilden. Oder es kann in Form der gering qualifizierten, hedonistisch orientierten einfachen Arbeitermilieus mit einer starken Gelegenheitsorientierung und improvisierenden Alltagsstrategien erfolgen: Indem sie ihre kulturellen Alltagspraktiken an die eingeschränkten Opportunitätsstrukturen anpassen, bewältigen sie Armut, Arbeitslosigkeit und Prekarität im psychosozialen Sinne durchaus passabel. Im Sinne einer Überwindung von Armut und ihrer benachteiligten Klassenlage handeln sie indessen kontraproduktiv. Umgekehrt jedoch gilt, dass gerade ein Festhalten an den Standards und Normen der Arbeits- und Konsumgesellschaft für diejenigen zu einem „doppelten", nämlich materiellen und psychosozialen Leiden wird, die sich – etwa nach Arbeitslosigkeit oder Scheidung – nicht von der Erwartung und Hoffnung trennen können, wieder in ein „bürgerliches" Leben zurückzukehren.

Der Zielkonflikt zwischen der möglichst schnellen Überwindung der Armutslage und einer Minimierung psychosozialer Spannungen und Konflikte durch eine Adaption an die begrenzten materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen beschreibt zugleich ein zentrales Spannungsfeld in den Erfahrungen und Orientierungen benachteiligter und ausgegrenzter Jugendlicher. Der lebens- und erfahrungsweltliche Grundkonflikt zwischen der Orientierung am Herkunftsmilieu, die – zumindest eine Weile – Handlungssicherheit und soziale Integration verbürgt, und der riskanten Orientierung am sozialen Aufstieg durch Bildung, der in seiner institutionellen Selektionslogik nur für eine kleine Minder-

heit ausgelegt ist, ist in der ethnographischen Tradition der Jugendforschung häufig beschrieben worden und gewinnt offenbar eine erneute Aktualität. Als „*Hängen Bleiben*“ beschreibt etwa eine jüngere ethnographische Studie die Exklusionsdynamik ostdeutscher Jugendlicher, die den unvermeidlichen biographischen *Bruch* mit den Cliquen-, Familien- und Quartiersstrukturen benachteiligter Großsiedlungen und die Umorientierung auf geographische und soziale Mobilität zu spät oder gar nicht mehr vollziehen und als „Verlierer“ zurückbleiben.[16]

Die eher sozialpsychologisch orientierte quantitative Forschung zu den Bewältigungsformen von Armut erscheint, zumal in diesem Kontrast, befangen von einer klinischen bzw. administrativen Perspektive auf die „Bewältigung“ von Armut. Sie kann den Lebenswelten und Sozialisationsverhältnissen der betroffenen Kinder allein darum nicht gerecht werden, weil Armut in der Regel weder als eine begrenzte „Episode“ im Lebens- noch als isolierbarer „Stressor“ im Entwicklungsverlauf auftritt, sondern als eine *zusätzliche* Belastung im Kontext klassenspezifischer, ethnischer und milieuspezifischer Benachteiligungen und Differenzierungen. Dies soll am zentralen Beispiel des Zusammenhangs von Armut und Bildungschancen erläutert werden.

Armut und Bildungschancen

Eigene empirische Analysen auf Basis der SOEP-Jugendbiographiedaten bestätigen massive Effekte der materiellen Armut auf den Bildungsverlauf. In Bezug auf die besuchte Schulform bzw. den bereits erreichten Schulabschluss wie ebenso in Bezug auf den angestrebten Schulabschluss und die in der Grundschule erhaltenen Übergangsempfehlungen zeigt sich, dass Kinder in Armut eine sehr viel höhere Wahrscheinlichkeit besitzen, nur die Hauptschule anstelle einer höheren Schulform zu erreichen. Bemerkenswert ist, dass diese Effekte unverändert hoch bleiben, auch wenn sozialstrukturelle Merkmale (u. a. Migrationshintergrund, soziale Klassenlage), die Bindungsqualität zu den Eltern, schulisches Unterstützungsverhalten der Eltern, Noten und fatalistische Lebenseinstellungen kontrolliert werden. Zwar weisen alle genannten Aspekte ebenfalls eine eigenständige Wirkung auf die schulformspezifische Bildungskarriere auf. Sie verstärken sich jedoch im Sinne einer kumulativen Logik. Armut steht also weniger am Anfang einer Kausalkette, die über Stress und familiale Konflikte zu schulischem Versagen führt, sondern Armut erhöht in allen sozialen Herkunftsklassen und unabhängig vom Familienklima das Risiko, nicht über die Hauptschule hinaus zu gelangen. Entsprechend addieren sich die negativen Effekte, wenn Risikolagen kumulieren. Auch unter Einbezug der Noten verändern sich die negativen Effekte von Armut und Klassenherkunft kaum. Bei der Übergangsempfehlung zeigt sich im Übrigen auch nach Kontrolle aller verwendeten Indikatoren ein eigenständiger diskriminierender Effekt des Migrationshintergrunds, anders als bei der angestrebten und tatsächlichen Schulwahl, wo dieser Effekt verschwindet.

Die skizzierten Analysen unterstreichen die Bedeutung, die dem Zusammenhang von Armut und sozialer und ethnischer Herkunft zukommt. Materielle Armut stellt, ebenso wie problematische familiale Beziehungsmuster, einen *zusätzlichen* Risikofaktor dar, der den strukturellen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Lebenschancen von Kindern *nochmals verstärkt*. Armut fungiert zwar in allen sozialen Klassenlagen als Risikofaktor, welcher die weitere Entwicklung der Kinder nachhaltig negativ beeinflusst. Es ist eine interessante Frage, inwieweit sich die vermehrte öffentliche Aufmerksamkeit für soziale Ausgrenzungen und Prekarisierungen gerade der Zunahme von Risiken bei den ehemals gut geschützten sozialen Klassen verdankt. Mit ganzer Wucht trifft die Zunahme der Armut bei Kindern und Jugendlichen jedoch vor allem die ohnehin benachteiligten sozialen Klassen der einfachen und der primär beruflich qualifizierten Arbeiterschaft, die heute zu einem guten Teil aus Migrantinnen und Migranten besteht. In diesen einfachen Arbeitermilieus dominieren häufig noch die traditionellen Orientierungen an der fordistischen Arbeiterexistenz, deren wirtschaftliche und wohlfahrtsstaatliche Grundlagen jedoch immer

[16] Vgl. Carsten Keller, Leben im Plattenbau. Zur Dynamik sozialer Ausgrenzung, Frankfurt/M.–New York 2005. Zum Versuch, diese Ansätze für eine Analyse milieuspezifischer Bildungsstrategien fruchtbar zu machen, vgl. Matthias Grundmann u. a., Milieuspezifische Bildungsstrategien in Familie und Gleichaltrigengruppe, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 6 (2003) 1, S. 25–45.

Tabelle 3: Determinanten des Hauptschulbesuchs (schematische Darstellung)

	Schul-besuch/ -abschluss	Er-wünschter Abschluss	Übergangs-empfehlung
	Hauptschule vs. andere Schulformen		
Wohlstand	– –	– –	– –
Prekarität			
Armut	++	++	++
Westdeutsche	++		
Ostdeutsche	– –		– –
Migrationshinter-grund			+
Obere Dienstklasse	– –		–
Mittelklasse	–		
Routinedienste			
FacharbeiterInnen	++	++	++
Einfache Arbeiter-Innen	++	+	+
Beziehungsqualität Mutter (Skala)	– –		–
Beziehungsqualität Vater (Skala)	+		
Fatalismus (Skala)	++	++	++
geringe Unterstützung Eltern bei Schule	++		++
mäßige Unterstützung Eltern bei Schule			–
gute Unterstützung Eltern bei Schule	–		
Notendurchschnitt	++	++	++
Fallzahlen	(N=1 059)	(N=965)	(N=906)

Quelle: SOEP, Wellen 2000–2004, balanciertes Panel, nur Kinder geboren 1984–1994, die den Jugend- und Sozialisationsfragebogen beantwortet haben. Es handelt sich um eine schematische Darstellung der Ergebnisse logistischer Regressionsanalysen mit drei verschiedenen unabhängigen Variablen. Die Vorzeichen geben an, inwiefern das betreffende Merkmal die Wahrscheinlichkeit erhöht bzw. verringert, nur die Hauptschule/den Hauptschulabschluss zu erreichen (1. Spalte), die Hauptschule zu präferieren (2. Spalte) oder die Hauptschule als Übergangsempfehlung zu erhalten (3. Spalte). Einfache Vorzeichen: Effekt signifikant auf 1-Prozent-Niveau; zweifache Vorzeichen: Effekt signifikant auf 0,1-Prozent-Niveau.

weiter wegbrechen. Wie die Bildungs- und Mobilitätsforschung zeigt, sind die klassenspezifischen Chancenungleichheiten auch über die Phase der wirtschaftlichen Prosperität und der Bildungsexpansion hinweg relativ stabil geblieben. Sie sind in kaum einem anderen entwickelten Land so groß wie in Deutschland, wo man nur schamhaft von sozialen Klassen redet.[17] Die seit den späten siebziger Jahren zunehmenden sozialen Ungleichheiten und die neuen Ausgrenzungsrisiken der Kinder und Jugendlichen ergänzen und überlagern diese niemals geschwundene Klassenbenachteiligung. Wirtschaftswunder, Wende und Migration bilden zusätzliche biographische Erfahrungshintergründe, die in der Überlagerung mit der Wiederkehr von Arbeitslosigkeit und Prekarität zu jeweils charakteristisch gefärbten Generationskonflikten in den Arbeitermilieus führen. Die Angehörigen der älteren Generationen, die sich häufig noch aus einer entbehrungsreichen Kindheit und Jugend heraus durch harte und beanspruchende Arbeit ein Stückchen Wohlstand und Sicherheit erkämpften, haben weder Verständnis noch einen guten Rat für die Probleme der Jüngeren, denen weder das alte Malocher-Leben noch die Chance des sozialen Aufstiegs durch Bildung offen steht und für die sich das schmale Fenster dazwischen, das Leben in Respektabilität und Würde, mit einer soliden Ausbildung, einer ehrlichen Arbeit und einer gesunden Familie, immer seltener öffnet.[18] Aus dieser Konstellation, die nicht selten als eine kontingente und äußerliche Gewalt in die familialen Sozialisationsverhältnisse hineinwirkt, gewinnen Armut und soziale Ausgrenzungen im Kindes- und Jugendalter ihre Dynamik.

Von Eliten und Ausgegrenzten

In der politischen Öffentlichkeit wird das Problem der sozialen Ungleichheit im Kindes- und Jugendalter, das über viele Jahre verdrängt wurde, in der Form von sich häufenden „Schreckensmeldungen“ thematisiert. Erfurt und Pisa stehen paradigmatisch dafür: Auf der einen Seite die irrationale Gewalt eines Einzelnen, die auf das pädagogische Versagen der Schule verweist, auf der anderen Seite das miserable Abschneiden der Vielen, das auf das didaktische Versagen der Schule verweist. Die politischen Eliten reagieren auf diese Schocks mit einer einfachen, nur allzu „erwachsenen“ Haltung: Gegen Gewalt und Chancenlosig-

[17] Vgl. zusammenfassend Richard Breen (Hrsg.), Social Mobility in Europe, Oxford 2004.

[18] Zur wenig beachteten Entwicklung der Arbeitermilieus vgl. Olaf Groh-Samberg, Arbeitermilieus in der Ära der Deindustrialisierung, in: Andrea Lange-Vester/Helmut Bremer (Hrsg.), Bewältigung, Verarbeitung, Umstellung: Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Festschrift für Michael Vester, Wiesbaden i. E.

keit helfe nur Erziehung und Leistung. Die neokonservative Pädagogik feiert nicht nur im konservativen Lager fröhliche Urständ. Der Ruf nach mehr Härte und Disziplin im Klassenzimmer, die Wiedereinführung von „Kopfnoten“, die Forderung nach strengeren Auflagen für Eingewanderte, rasch Deutsch zu lernen und bei Auffälligkeiten unmittelbar Sanktionen einzusetzen, die kritischen Töne gegen die „Kuschelpädagogik“ in der Schule und die populistischen Schuldzuweisungen an die „überforderten“ Eltern sind politische Gemeinplätze einer reaktionären *Pädagogisierung* sozialer Struktureffekte.

Es ist nicht allein typisch, dass die sozialen Probleme, sofern sie Kinder und Jugendliche betreffen, zu Problemen einer „falschen Erziehung“ umdefiniert werden. Bei den politischen Eliten hat sich in den vergangenen Jahren ein allgemeiner „Neo-Patrimonialismus“ in der Haltung gegenüber sozialen Problemen der Armut und Ungleichheit breit gemacht. Von der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bis hin zur Bildungs- und Gesundheitspolitik geriert sich der Wohlfahrtsstaat wie ein einziger „großer Erzieher“, ein pädagogischer Leviathan. Mit seinen Konzepten und Institutionen einer „aktivierenden Sozialpolitik“ greift er immer penetranter in die private Lebensführung und die biographischen Orientierungen der von Armut und Ausgrenzung betroffenen Milieus ein, als ob hier die Ursache des Übels zu finden wäre. Der Widerspruch zwischen der politischen Rhetorik von Teilhabegerechtigkeit, Aktivierung, Fallmanagement und Hilfe aus einer Hand und der tatsächlichen Politik fortgesetzter Leistungskürzungen und einer im historischen Vergleich ungeheuerlichen Beschneidung von *sozialen Bürgerrechten* ist zum Zerreißen groß. Er ist aber zu einem guten Teil auch Ausdruck für den Realitätsverlust der politischen und akademischen Eliten und für die strukturelle Arroganz einer Klassengesellschaft, die sich selbst nicht mehr in die Augen zu schauen wagt.

Michael Fertig · Marcus Tamm

Kinderarmut in reichen Ländern

Kinderarmut gibt es nicht nur in armen Ländern, auch in den wirtschaftlich am weitesten entwickelten Staaten ist diese noch immer in nennenswertem Umfang zu finden. Ungeachtet des mehrere Jahrzehnte beinahe stetigen Wirtschaftswachstums und des steigenden Pro-Kopf-Einkommens leben in diesen Ländern heute noch mehrere Millionen Kinder in prekären Einkommensverhältnissen. Hierbei sollte weniger die Tatsache, *dass* es arme Kinder gibt, Anlass zur Sorge bereiten. Denn die vorherrschende Definition von Armut als *relativer* Armut verhindert per definitionem das vollständige Verschwinden von Kinderarmut. Anlass zur Sorge bereitet vielmehr der zum Teil erhebliche *Anstieg* der Kinderarmut.

Michael Fertig
Dr. rer. pol., geb. 1970; Forschungskoordinator, RWI Essen, Hohenzollernstr. 1–3, 45128 Essen.
fertig@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de/fertig
Marcus Tamm
Dipl.-Volkswirt, geb. 1977; wissenschaftlicher Mitarbeiter, RWI Essen.
tamm@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de/tamm

Häufig ist ein Heranwachsen in Armut mit gesundheitlichen Problemen, Lernschwierigkeiten, niedrigeren Schulabschlüssen, einer höheren Wahrscheinlichkeit delinquenten Verhaltens oder mit späterer Arbeitslosigkeit verbunden. Im schlimmsten Falle kann sich dies zu einer sich selbst verstärkenden Spirale der Armut über mehrere Generationen entwickeln.[1] Die Aufrechterhaltung des derzeitigen Wohlstandsniveaus bzw. von dessen Dynamik setzt – gerade vor dem Hintergrund der zu erwartenden Konsequenzen des demographischen Wandels, also der zunehmenden Alterung der europäischen Gesellschaften – eine gute Ausbildung der jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer voraus. Zuneh-

[1] Vgl. z. B. Miles Corak (Hrsg.), Generational Income Mobility in North America and Europe, Cambridge 2004.

mende Kinderarmut kann daher mit erheblichen negativen Langzeitfolgen für die Gesellschaft als Ganze verbunden sein.

Während die Untersuchung der Kinderarmut in einzelnen Ländern vor allem Aufschluss über besonders stark von Armut betroffene Gruppen liefern kann,[2] ermöglichen Vergleiche über mehrere Länder hinweg, Hinweise für die Ursachen von Kinderarmut zu finden. Mit diesem Beitrag wird daher das Ziel verfolgt, einen Überblick über die jüngste Entwicklung der Kinderarmut in den OECD-Staaten zu geben sowie erste empirische Erklärungsversuche anzubieten. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei familienbezogenen Transferleistungen, deren Einfluss auf Unterschiede in der Kinderarmut im Ländervergleich untersucht wird.

Hierzu werden zunächst einige stilisierte Fakten zur Kinderarmut im Ländervergleich präsentiert, zusammen mit der Entwicklung familienbezogener Sozialausgaben, mit soziodemografischen Trends und der Arbeitsmarktsituation. Anschließend werden diese in einem einfachen Regressionsmodell empirisch analysiert, um den jeweiligen relativen Erklärungsbeitrag dieser potenziellen Determinanten der Entwicklung der Kinderarmut zu ermitteln. Abschließend werden diese Befunde zusammengefasst und Schlussfolgerungen angeboten.

Kinderarmut in den OECD-Staaten

In den OECD-Staaten variiert der Anteil an armen Kindern, das heißt der Personen unter 18 Jahren, die in Haushalten mit weniger als der Hälfte des Medianeinkommens leben,[3] zwischen rund 3 und mehr als 25 Prozent.[4] In der Mehrheit der Länder beträgt dieser Anteil mehr als 10 Prozent (*Abbildung 1*).

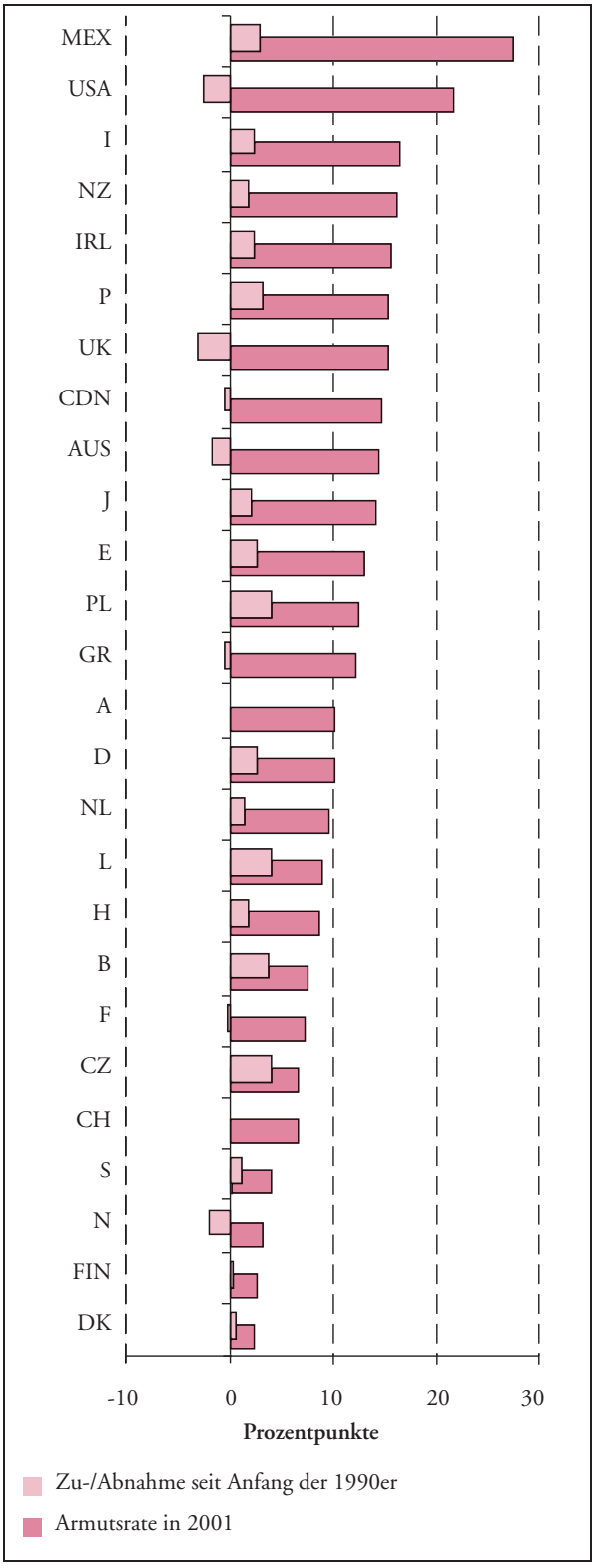
Die niedrigsten Raten der Kinderarmut innerhalb der OECD weisen die skandinavi-

[2] Für Deutschland vgl. z. B. Miles Corak/Michael Fertig/Marcus Tamm, A Portrait of Child Poverty in Germany. RWI Discussion Papers No. 26, RWI Essen 2005.

[3] Dies ist eine der am häufigsten verwendeten Definitionen für relative Armut.

[4] Vgl. hierzu sowie zu allen weiteren Daten zur Kinderarmut UNICEF, Child Poverty in Rich Countries, Innocenti Report Card No. 6, UNICEF Innocenti Research Center, Florence 2005.

Abbildung 1: Kinderarmut im Ländervergleich



Quelle: UNICEF (Anm. 4).

schen Länder auf, während die USA und Mexiko die Schlusslichter darstellen. Deutschland befindet sich hier im Mittelfeld. In den letzten zehn Jahren ist die Rate der Kinderarmut in 17 von 24 OECD-Staaten zum Teil deutlich gestiegen. Im Durchschnitt fiel dieser Anstieg jedoch geringer als in Deutschland aus.

Abbildung 2 verdeutlicht den armutsverringernden Einfluss des staatlichen Umverteilungssystems. Die hellen Balken zeigen die Kinderarmutsrate basierend auf dem Haushaltseinkommen vor Steuern und Sozialtransfers, während die dunklen Balken die Kinderarmutsraten basierend auf dem Haushaltseinkommen nach dem staatlichen Eingreifen wiedergeben. Im Durchschnitt aller Länder reduziert das staatliche Eingreifen durch Steuern und Transferleistungen die „marktbedingte" Kinderarmutsrate um rund 40 Prozent.

Auch in diesem Zusammenhang sind deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen OECD-Staaten erkennbar. Während staatliche Interventionen in Dänemark dafür sorgen, dass die tatsächliche Kinderarmut nur rund ein Fünftel der „marktbedingten" beträgt, sind in Mexiko, den Niederlanden, Portugal, der Schweiz und auch den USA kaum Unterschiede zwischen beiden Raten der Kinderarmut erkennbar. Deutschland liegt auch hier im Länderdurchschnitt. Miles Corak, Michael Fertig und Markus Tamm jedoch zeigen, dass der armutslindernde Einfluss des Steuer- und Transfersystems in Deutschland im Zeitablauf gesunken ist.[15]

Abbildung 3 veranschaulicht die Entwicklung der Ausgaben für familienbezogene Transferleistungen relativ zum Bruttoinlandsprodukt für ausgewählte OECD-Staaten. Hieraus wird ersichtlich, dass diese Ausgaben in den skandinavischen Ländern vergleichsweise hoch sind und deutlich über dem Durchschnitt der OECD-Staaten liegen. Im Gegensatz hierzu sind Familientransfers in den USA und Mexiko sehr niedrig. Die Ausgaben für solche Sozialleistungen hängen also offenbar am oberen und unteren Ende der Verteilungen der Kinderarmutsraten stark mit der Höhe der Kinderarmut zusammen. Allerdings wird auch ersichtlich, dass Großbritannien relativ zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) etwas mehr Geld für familienbezogene Transferleistungen ausgibt als Deutschland, dabei allerdings eine um etwa 50 Prozent höhere Kinderarmutsrate aufweist.

Zeitgleich mit dieser Entwicklung der familienbezogenen Sozialausgaben lassen sich auch einige sozio-demographische Trends beobachten, die ebenfalls zur Erklärung der Entwicklung der Kinderarmutsraten beitragen können. So ist beispielsweise im Laufe der neunziger Jahre der Anteil an Kindern in Haushalten von Alleinerziehenden im Länderdurchschnitt um knapp einen Prozentpunkt auf 12 Prozent gestiegen. Darüber hinaus lässt sich für die durchschnittliche Familiengröße eine moderate Zunahme beobachten. Ferner führte der demographische Wandel zu einer leichten Alterung der Gesellschaften, die sich in einem niedrigeren Jugend- und einem höheren Altenquotienten niederschlägt. Die Arbeitsmarktsituation in den OECD-Staaten hat sich demgegenüber im Durchschnitt etwas verbessert. Im Durchschnitt der OECD-Länder waren zu Beginn der neunziger Jahre noch rund 10 Prozent aller Personen im erwerbsfähigen Alter arbeitslos. Ende der neunziger Jahre bzw. zu Beginn des neuen Jahrtausends betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote dann nur noch 7,5 Prozent.

Im nächsten Abschnitt wird nun empirisch der Frage nachgegangen, welchen Einfluss familienbezogene Transferleistungen auf die Kinderarmut im Ländervergleich haben. Gleichzeitig wird untersucht, inwieweit sozio-demographische Trends und die jeweilige Arbeitsmarktsituation zur Erklärung der Unterschiede in den Kinderarmutsraten über die OECD-Staaten hinweg beitragen können.

Einfluss familienbezogener Transfers

Für die empirische Untersuchung in diesem Beitrag wurden aus diversen Datenquellen Informationen über einzelne OECD-Staaten zur Kinderarmut und ihren potenziellen Erklärungsfaktoren zusammengestellt. Um einen möglichst vergleichbaren Datensatz über die Länder hinweg zu erhalten, haben wir uns dabei auf zwei Zeitpunkte konzentriert: zum einen auf ein relativ aktuelles Jahr (um 2000) und zum anderen auf ein Jahr Anfang/Mitte der neunziger Jahre. Selbst für

[15] Vgl. M. Corak u. a. (Anm. 2).

diese beiden Zeitpunkte ist die Sammlung vollständig vergleichbarer Informationen noch recht schwierig und nicht flächendeckend möglich.

Unsere Stichprobe umfasst daher folgende 22 Staaten, für die vergleichbare Daten im angegebenen Zeitraum gesammelt werden konnten:

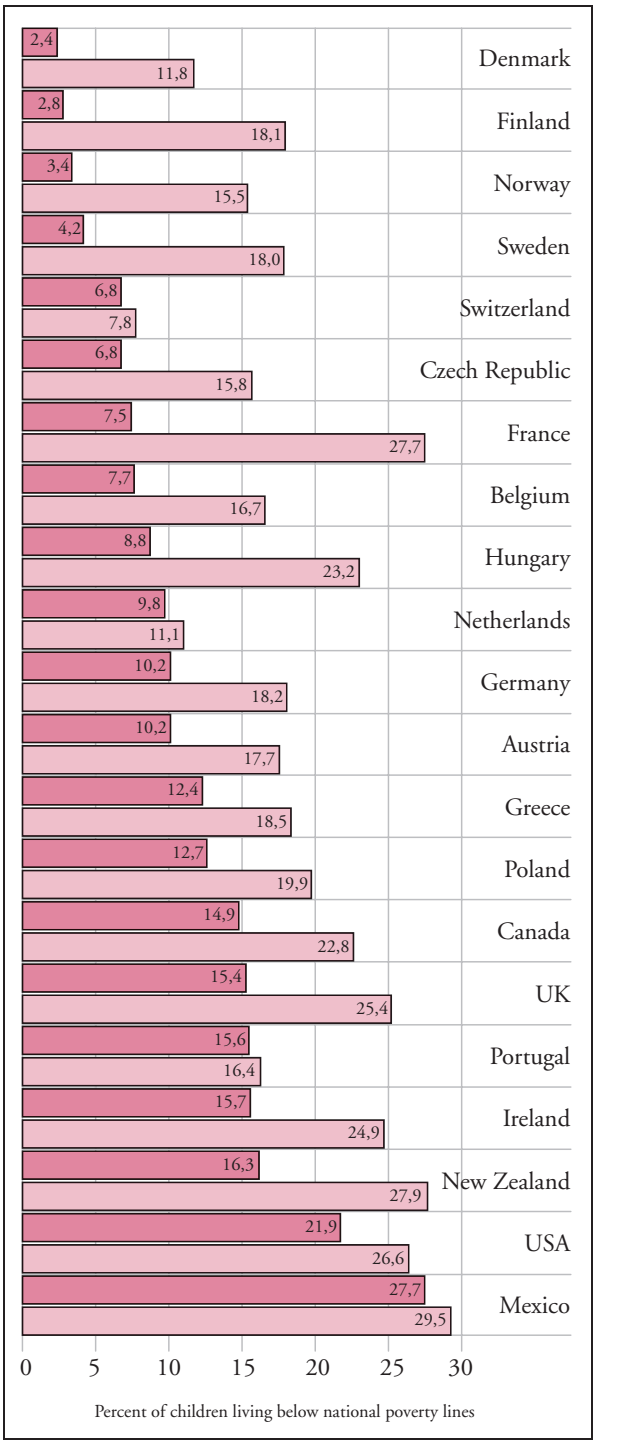
- *Skandinavische Staaten:* Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden;
- *Angelsächsische Staaten:* Australien, Kanada, Irland, Großbritannien und USA;
- *Osteuropäische Schwellenländer:* Tschechische Republik, Ungarn und Polen;
- *Mediterrane Staaten:* Griechenland, Italien und Spanien;
- *Benelux-Staaten:* Belgien und Niederlande;
- *Kontinentaleuropäische Staaten:* Österreich, Frankreich, Deutschland und Schweiz;
- *Sonstige Staaten:* Mexiko.

Für diese OECD-Staaten liegen neben der zu erklärenden Rate der Kinderarmut (in Prozentpunkten) im angegebenen Zeitraum folgende Informationen vor, die potenzielle Erklärungsfaktoren von Kinderarmut im Ländervergleich darstellen:

- Ausgaben für Familientransfers relativ zum Bruttoinlandsprodukt (BIP);
- Durchschnittlicher Anteil der Kinder in Haushalten von Alleinerziehenden;
- Durchschnittliche Familiengröße in Anzahl der Köpfe;
- Jugendquotient, d. h. Anteil der unter 20-Jährigen relativ zu den 20- bis 59-Jährigen;
- Altenquotient, d. h. Anteil der über 59-Jährigen relativ zu den 20- bis 59-Jährigen;
- Arbeitslosenquote in Prozentpunkten.

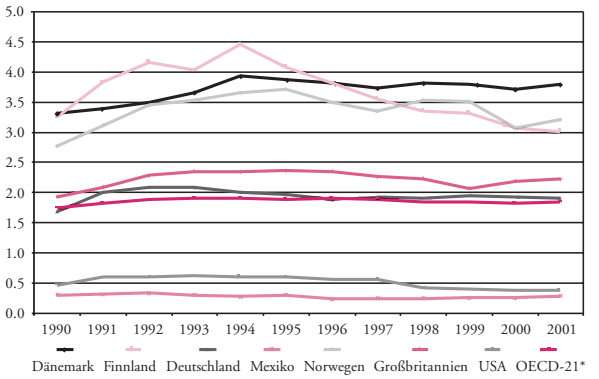
Zusätzlich hierzu wurden Indikatoren für die oben genannten Ländergruppen konstruiert. Diese nehmen jeweils den Wert 1 an, wenn ein Staat zu einer bestimmten Ländergruppe gehört; sonst den Wert 0. Die Indikatoren sollen dazu dienen, nicht beobachtbare länderspezifische Faktoren, welche die Höhe der Kinderarmut beeinflussen, aufzufangen. Alle diese potenziellen Erklärungsfaktoren werden im Rahmen eines multivariaten Regressionsmodells analysiert. Dies bedeutet, dass sie simultan berücksichtigt werden, um

Abbildung 2: Kinderarmutsraten vor und nach Steuern und Transfers



Quelle: UNICEF (Anm. 4).

Abbildung 3: Ausgaben für familienbezogene Transferleistungen relativ zum BIP für ausgewählte OECD-Staaten



Quelle: OECD: Social Expenditure Database.

ihre jeweilige *relative* Erklärungskraft ermitteln zu können.

Die Ergebnisse der Schätzung von vier Spezifikationen des Modells sind in der *Tabelle* zusammengefasst. Modell I enthält neben einer Konstanten nur die familienbezogenen Transferleistungen (relativ zum BIP des jeweiligen Landes) als Erklärungsfaktor. In Modell II werden zusätzlich die Ländergruppenindikatoren als erklärende Variablen in die Spezifikation aufgenommen, um für ländergruppenspezifische Unterschiede zu kontrollieren, die nicht mit den Transferleistungen zusammenhängen. Modell III erweitert das zweite Modell um sozio-demographische Erklärungsvariablen. Schließlich wird in Modell IV noch um den möglichen Einfluss der Arbeitsmarktsituation in den jeweiligen Ländern kontrolliert, indem die Arbeitslosenquote als erklärende Variable mit aufgenommen wird.

In dieser *Tabelle* finden sich zum einen die geschätzten Koeffizienten für die einzelnen Erklärungsvariablen, die den durchschnittlichen Zusammenhang zwischen denselben und der Rate der Kinderarmut über die Länder hinweg angeben. Zum anderen wird auch der so genannte t-Wert jedes geschätzten Koeffizienten dargestellt, der eine Beurteilung der Zuverlässigkeit der Schätzungen erlaubt. Da die durchgeführten empirischen Analysen auf einer *Stichprobe,* also nur einem Teil aller OECD-Länder beruhen, ist es durchaus möglich, dass der geschätzte Zusammenhang zwischen beispielsweise familienbezogenen Transfers und Kinderarmut rein zufällig zustande kommt, also nicht systematisch ist. Der t-Wert

Tabelle: Schätzergebnisse unterschiedlicher Modellspezifikationen – Abhängige Variable: Kinderarmutsrate

	Modell I		Modell II	
	Koeffizient	t-Wert	Koeffizient	t-Wert
Ausgaben für Familientransfers relativ zum BIP	–4.53	**–7.47**	–1.67	**–2.84**
Angelsächsische Staaten[1)]	–	–	10.36	**6.33**
Osteuropäische Schwellenländer[1)]	–	–	5.37	**3.08**
Mediterrane Staaten[1)]	–	–	8.84	**4.73**
Benelux-Staaten[1)]	–	–	2.22	1.31
Kontinentaleuropäische Staaten[1)]	–	–	3.05	**2.09**
Sonstige Staaten[1)]	–	–	16.30	**5.34**
Konstante	19.97	15.48	9.00	**4.19**
	Modell III		**Modell IV**	
	Koeffizient	t-Wert	Koeffizient	t-Wert
Ausgaben für Familientransfers relativ zum BIP	–1.13	–1.94	–1.14	–1.95
Angelsächsische Staaten[1)]	7.84	**4.00**	7.90	**5.06**
Osteuropäische Schwellenländer[1)]	6.71	–0.08	6.74	**4.13**
Mediterrane Staaten[1)]	17.42	1.29	17.37	**6.36**
Benelux-Staaten[1)]	6.37	**–2.22**	6.42	**3.78**
Kontinentaleuropäische Staaten[1)]	7.03	**5.05**	7.19	**4.65**
Sonstige Staaten[1)]	5.73	**4.13**	6.73	1.44
Durchschnittlicher Anteil der Kinder in HH von Alleinerziehenden	0.59	**6.41**	0.61	**4.08**
Durchschnittliche Familiengröße	–0.18	**3.77**	–0.37	–0.17
Jugendquotient	15.40	**4.59**	13.88	1.15
Altenquotient	–32.42	1.27	–34.64	**–2.33**
Arbeitslosenquote	–	–	0.08	0.90
Konstante	3.84	0.53	4.85	0.65

Anmerkung: Anzahl der Beobachtungen: 37. 1) Referenzgruppe: Skandinavische Staaten. Fettgedruckte t-Wert kennzeichnen geschätzte Koeffizienten, die auf einem Signifikanzniveau von mindestens 95 Prozent statistisch signifikant sind. Eine Beschreibung der Variablen findet sich im Text.
Quelle: Eigene Berechnung.

gibt das Ergebnis eines statistischen Tests wieder, der eine Aussage darüber erlaubt, ob der geschätzte Koeffizient nur zufällig von Null verschieden ist. Alle in der Tabelle durch Fettdruck hervorgehobenen t-Werte kennzeichnen Koeffizienten, für die mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit die Befürchtung verworfen werden kann, dass der zugehörige geschätzte Koeffizient nur zufällig von Null verschieden ist. Schließlich sei hier auch darauf hingewiesen, dass angesichts der sehr kleinen Beobachtungsanzahl bei der Interpretation der Ergebnisse Vorsicht geboten ist.

Die Schätzergebnisse für Modell I weisen auf einen statistisch signifikanten und quantitativ bedeutsamen Einfluss familienbezogener Transfers auf die Kinderarmut hin. So würde demnach eine Erhöhung der Transferleistungen um einen Prozentpunkt mit einer Reduktion der Kinderarmutsrate um durchschnittlich 4,5 Prozentpunkte einhergehen. Diese Schätzung lässt außer Acht, dass neben Transferleistungen auch noch andere potenzielle Erklärungsfaktoren existieren. Diese werden in den Modellen II-IV sukzessive berücksichtigt.

Alleine die Berücksichtigung von ländergruppenspezifischen Faktoren (Modell II) lässt bereits den Einfluss der Transferleistungen auf weniger als die Hälfte zusammenschmelzen. Die Ländergruppenindikatoren selbst sind hochsignifikant und weisen einen erheblichen quantitativen Einfluss auf die Kinderarmutsrate auf. Im Vergleich zur Referenzgruppe, den skandinavischen Ländern, liegen die Kinderarmutsraten in allen anderen Ländergruppen deutlich höher und sind nicht auf die Unterschiede in den familienbezogenen Transfers zurückzuführen. Dies legt den Schluss nahe, dass in den einzelnen Ländergruppen Faktoren existieren, die aufgrund der unzureichenden Datensituation nicht direkt berücksichtigt werden können, aber gleichzeitig einen starken systematischen Zusammenhang mit Kinderarmut besitzen.

Die Berücksichtigung sozio-demographischer (Modell III) und arbeitsmarktbezogener (Modell IV) Erklärungsfaktoren reduziert den Einfluss familienspezifischer Transferleistungen weiter. Die Schätzergebnisse der endgültigen Spezifikation (Modell IV) legen den Schluss nahe, dass eine Erhöhung der Ausgaben für familienbezogene Transfers (relativ zum BIP) um einen Prozentpunkt die Kinderarmutsrate unter sonst gleichen Umständen nur um etwas mehr als einen Prozentpunkt verringert. Gleichzeitig wird ein statistisch signifikanter und quantitativ bemerkenswerter Zusammenhang zwischen den sozio-demographischen Erklärungsfaktoren und der Kinderarmutsrate deutlich, wohingegen überraschenderweise die Arbeitslosenquote keinen systematischen Einfluss auf die Kinderarmutsrate aufweist. Da insbesondere Kinder in Haushalten von Alleinerziehenden von Armut betroffen sind,[16] ist es nicht verwunderlich, dass Kinderarmut in jenen Ländern besonders von Bedeutung ist, in denen viele Kinder mit nur einem Erwachsenen zusammenleben. Ein hoher Jugendquotient geht tendenziell mit höheren Kinderarmutsraten einher, ein hoher Altenquotient eher mit niedrigeren.

Abschließend sei angemerkt, dass sowohl die geschätzte Höhe als auch die Signifikanz einzelner Koeffizienten teilweise merklich davon abhängen, welche Erklärungsfaktoren im Modell konkret berücksichtigt werden. Werden zusätzliche Variablen in das Modell mit aufgenommen, etwa der Ausländeranteil, die Beschäftigtenquote oder die staatliche Investitionsquote, so sind diese insignifikant. Da diese Daten außerdem nur für wenige Länder verfügbar sind, wurde hier auf ihre Berücksichtigung verzichtet.

Schlussfolgerungen

In diesem Beitrag wurden einige stilisierte Fakten der Entwicklung der Kinderarmut in den OECD-Ländern präsentiert und deren potenzielle Erklärungsvariablen (Familienpolitik, sozio-demographische Trends und Arbeitsmarktsituation) empirisch untersucht. Die empirischen Analysen beruhten auf einer recht schmalen Datenbasis, was bei der Beurteilung der Ergebnisse einschränkend berücksichtigt werden muss. Für eine belastbarere Analyse wäre neben einer breiteren Datenbasis noch eine bessere Abbildung des familienbezogenen Politikeinsatzes in den einzelnen Staaten notwendig. Letzteres setzt wiederum vergleichbare Daten zu beispielsweise der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder der Ausrichtung von Transferleistungen voraus.

[16] Vgl. M. Corak u. a. (Anm. 2).

Die im Beitrag präsentierte empirische Evidenz lässt gleichwohl den Schluss zu, dass Kinderarmut mit Hilfe familienpolitischer Maßnahmen bekämpft werden kann. Allerdings scheint eine Erhöhung familienbezogener (monetärer) Transferleistungen nur bedingt dazu geeignet zu sein, einen signifikanten Beitrag zur Verringerung von Kinderarmut zu leisten. Unsere Schätzergebnisse legen den Schluss nahe, dass eine Erhöhung der Ausgaben für familienbezogene Transfers um einen Prozentpunkt des BIP die Kinderarmutsrate um etwas mehr als einen Prozentpunkt verringert. Eine Erhöhung der Transferleistungen in dieser Größenordnung würde beispielsweise in Deutschland eine fünfzigprozentige Anhebung dieser Sozialausgaben bedeuten, was in etwa Mehrausgaben von zehn Milliarden Euro gleichkommt. Eine solche Ausgabensteigerung dürfte angesichts knapper Kassen nur schwerlich umsetzbar sein. Daher erscheint eine stärkere Fokussierung der Transferleistungen, etwa auf dem Wege einer Vergabe des Kindergeldes nach Bedürftigkeit, einen erfolgversprechenderen Weg zur Reduzierung der Kinderarmut darstellen.

Des Weiteren deutet die hohe Erklärungskraft der Ländergruppenindikatoren darauf hin, dass Kinderarmut insbesondere auch auf Faktoren zurückzuführen ist, für die in dieser Untersuchung aufgrund der unzureichenden Datenlage nicht kontrolliert werden konnte. Dies beinhaltet unter anderem nicht-monetäre Unterstützungen für Familien, wie beispielsweise Möglichkeiten zur Kinderbetreuung, und sonstige wirtschaftliche und gesellschaftliche Gegebenheiten. Das gute Abschneiden insbesondere der skandinavischen Länder sollte daher Anlass dazu geben, die institutionellen Regelungen dieser Länder genauer zu untersuchen.

Carolin Reißlandt · Gerd Nollmann

Kinderarmut im Stadtteil: Intervention und Prävention

Seitdem Richard Hauser die „Infantilisierung der Armut“ im Jahr 1989 als neuen Armutstrend in Deutschland identifizierte, bestätigten viele Untersuchungen eine „Sockelarmut“ bei Kindern und Jugendlichen, die während der neunziger Jahre entstanden ist.[1] Jüngeren Erhebungen zufolge stellten Minderjährige Ende 2003 mit 1,1 Millionen das Gros der Sozialhilfebezieher; ihre Armutsrisikoquote lag mit 7,2 Prozent doppelt so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt (3,4 Prozent) und stieg, je jünger die Altersgruppe war.[2] Nach Schätzungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes erhöhte sich die An-

Carolin Reißlandt
Dipl.-Soz.Arb., Doktorandin, geb. 1974; wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Duisburg-Essen, Institut für Soziologie, Campus Duisburg, Bismarckstr. 67, 47057 Duisburg.
carolin.reisslandt@stud.uni-due.de
Gerd Nollmann
PD Dr. phil., geb. 1967; wissenschaftlicher Assistent an der Universität Duisburg-Essen, Institut für Soziologie, Campus Duisburg, Lotharstr. 65, 47057 Duisburg.
gerd.nollmann@uni-duisburg-essen.de

[1] Vgl. Richard Hauser, Entwicklungstendenzen der Armut in der Bundesrepublik Deutschland, in: Dieter Döring/Richard Hauser (Hrsg.), Politische Kultur und Sozialpolitik. Frankfurt/M.–New York 1989, S. 126; Andreas Klocke/Klaus Hurrelmann (Hrsg.), Kinder und Jugendliche in Armut, Opladen–Wiesbaden, 2001²; Christoph Butterwegge u. a., Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 2005; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Zehnter Kinder- und Jugendbericht, Bonn 1998, S. 90 ff.; Michael Fertig/Markus Tamm, Kinderarmut in Deutschland – einige empirische Befunde, in: WSI-Mitteilungen, (2000) 5, S. 240.

[2] Vgl. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hrsg.), Lebenslagen in Deutschland. Der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2005, S. 60.

zahl von Kindern, die auf Sozialhilfeniveau leben, durch die Einführung des Arbeitslosengeldes II und die Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme Anfang 2005 auf 1,7 Millionen oder 14,2 Prozent aller Minderjährigen.[3] Die Einkommensarmut von Kindern in der Bundesrepublik habe damit eine historisch neue Dimension erreicht; nicht nur die Größenordnung sei neu, sondern „auch die Tatsache, dass diese Rekordkinderarmut mit In-Kraft-Treten von Hartz IV quasi über Nacht entstand".[4]

Kinderarmut weist immer auch sozialräumliche Prägungen auf. Die regionale Verteilung von Sozialgeld beziehenden (also in „Hartz-IV-Haushalten" aufwachsenden) Minderjährigen streute im Oktober 2005 von 12,7 Prozent in den westdeutschen bis 27,9 Prozent in den ostdeutschen Ländern einschließlich Berlin und belegt zudem ein Nord-Süd-Gefälle zwischen den Bundesländern. Noch größer fallen die Differenzen aus, wenn die „Sozialgeld-Dichte" (also der Anteil Sozialgeld beziehender an allen Kindern) kleinräumiger nach Städten bzw. Landkreisen unterschieden wird: In den 388 Kreisen, zu denen Daten vorlagen, reichte sie unter den Bis-zu-14-Jährigen von 40,6 bzw. 38,6 Prozent in den Städten Görlitz bzw. Bremerhaven bis 0,29 bzw. 0,28 Prozent in den Landkreisen Ebersberg bzw. Eichstätt. Die gemeinsame Studie der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und des Frankfurter Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) wies darauf hin, dass Armutsrisiken von Kindern mit der Wohnortgröße steigen: In Gemeinden mit 20 000 Einwohnern lag die Armutsquote von Vorschulkindern bei 18 Prozent, in solchen zwischen 20 000 und 100 000 betrug sie schon 27 und in Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern bereits 31 Prozent.[5]

Während in der Mehrzahl wohlhabender Gebiete nur wenige einkommensarme Familien leben, beträgt die Sozialhilfequote von Kindern in einigen städtischen Wohngebieten mehr als 40 Prozent. Die lokalen Wohnbedingungen sind durch eine schlechte Infrastruktur geprägt; unter den Bewohnern befinden sich viele Arbeitslosengeld-II-Empfänger, Minderjährige, Geringverdienende und Migranten. In diesen von der gesamtstädtischen Entwicklung zunehmend abgekoppelten „Armutsinseln" häufen sich Risiken, welche die Lebenschancen der Bewohner erheblich belasten.[6]

Sozialraumspezifische Erscheinungsformen von Kinderarmut

Doch was genau verbirgt sich hinter diesen nüchternen Zahlen? Kinderarmut berührt neben monetären Mangelaspekten der Grundversorgung beim einzelnen Kind auch Lebensbereiche wie Gesundheit, Bildung, Kultur und soziale Teilhabe. Um diese immateriellen Facetten von Kinderarmut messbar zu machen, entwickelte die AWO-ISS-Studie ein kindgerechtes Armutskonzept, nach dem die Lebenslage von Kindern analytisch in vier Dimensionen aufgefächert wird: die materielle und kulturelle Versorgung, die Situation im sozialen Bereich sowie die psychische und physische Lage.[7] Die analytische Trennung familiärer Armut von kindlichen Lebenslagen ermöglicht Aussagen über die vielfältigen Auswirkungen in den einzelnen Lebensdimensionen. Das große Spektrum der Lebenslagen von Kindern lässt sich anhand der drei Typen „Wohlergehen", „Benachteiligung" und „multiple deprivierte Lebenslage" erfassen. Von Armut im jüngeren Kindesalter könne deshalb nur gesprochen werden, wenn ein Kind in einer einkommensarmen Familie lebe, sich materielle, kulturelle, gesundheitliche oder soziale Unterversorgung zeigten und sowohl aktuelle Entwicklungsbedingungen als auch Zukunftsperspektiven beeinträchtigt seien.[8]

[3] Vgl. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V. (Hrsg.), Expertise. Kinder und Hartz IV: Eine erste Bilanz der Auswirkungen des SGB II, Berlin 2005, S. 22 f.
[4] Ebd., S. 4.
[5] Vgl. Beate Hock u. a., Frühe Folgen – langfristige Konsequenzen? Armut und Benachteiligung im Vorschulalter. Vierter Zwischenbericht zu einer Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Frankfurt/M. 2000, S. 42.
[6] Vgl. Frank Bertsch/Michael B. Piorkowsky, Impulse für die neue Politik der Sozialen Stadt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), (2005) 3, S. 33.
[7] Vgl. Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. (Hrsg.), Zukunftschancen für Kinder. Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit, Berlin-Bonn 2005, S. 34 ff.; *Anmerkung der Redaktion:* Siehe hierzu auch den Beitrag von Gerda Holz in dieser Ausgabe.
[8] Vgl. Gerda Holz u. a., Armutsprävention vor Ort – „Mo.Ki – Monheim für Kinder". Evaluationsergebnisse zum Modellprojekt von Arbeiterwohlfahrt Niederrhein und Stadt Monheim, Frankfurt/M. 2005, S. 21.

Erscheinungsformen von Kinderarmut sind in benachteiligten Stadtgebieten besonders häufig zu beobachten. Sie erschließen sich auch sensibilisierten Betrachtern erst bei näherer Beschäftigung mit den Kindern, frühestens also in Einrichtungen des Elementarbereichs im Stadtteil. Eine in Kindertagesstätten des Erzbistums Köln durchgeführte Untersuchung weist darauf hin, dass negative Auswirkungen familiärer Armut auf das Wohlbefinden von Vorschulkindern im Umfeld „sozialer Brennpunkte“ offenbar ausgeprägter sind. Sie werden von den Erzieherinnen häufiger problematisiert.[9] Nicht nur die beengten Wohnverhältnisse und ein häufiger Bezug von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe werden im Umfeld benachteiligter Sozialräume prekärer eingeschätzt, sondern auch die negativen Auswirkungen familiärer Armut bei den Kindertagesstättenkindern in den vier eingangs genannten Lebensdimensionen.

Hinsichtlich der materiellen Versorgung artikulierten die Erzieherinnen häufiger, dass Kinder hungrig in die Einrichtung kämen, der Jahreszeit unangemessene oder in schlechtem Zustand befindliche Kleidung trügen oder körperlich vernachlässigt erschienen. Geringer ausgeprägt scheinen Unterschiede im Sozialverhalten zu sein; gleichwohl wurden arme Kinder häufiger als aggressiv gegenüber Gleichaltrigen wahrgenommen. Außerdem seien sie vermehrt alleine in die Einrichtung gekommen. Im kulturellen Bereich wurden sprachliche Auffälligkeiten konstatiert; vermehrt beobachteten die Erzieherinnen und Erzieher, dass Kinder sich nicht verständlich ausdrücken konnten. Am geringsten ausgeprägt waren Unterschiede in den wahrgenommen gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Allerdings bestätigten sich auch hier eingängige Befunde, nach denen Kinder aus benachteiligten Quartieren als unsicherer und ungeschickter in ihren Bewegungen (Motorik), häufiger krank und von chronischen Krankheiten betroffen eingeschätzt wurden.

[9] Vgl. auch zum Folgenden: Johann M. Gleich, Arme Kinder in katholischen Tageseinrichtungen für Kinder. Untersuchung, Anregungen und Empfehlungen für die Arbeit in den Einrichtungen, Freiburg i. Br. 2005, S. 86 ff.

Forschung zu Risiko- oder Schutzfaktoren

Kindliche Armut hängt neben individuellen und familialen auch von kontextuellen bzw. sozialräumlichen Risiko- und Schutzfaktoren ab.[10] Deren Stärke, ihr Verhältnis zueinander und ihr Zusammenspiel bestimmen im Einzelfall, ob sich Armut bei Kindern und Jugendlichen negativ auswirkt oder trotz Belastungen ein Aufwachsen im Wohlbefinden möglich ist.

Lange konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Armutsforschung auf die Frage, ob, wie und in welchem Ausmaß belastende Lebensbedingungen (*Risikofaktoren*) eine normale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigen. So gelten beispielsweise ein geringer Bildungs- und Berufsstatus der Eltern, deren Trennung/Scheidung sowie ein Aufwachsen in „Multiproblemfamilien“ als Risikofaktoren.[11] Des Weiteren war man bestrebt, die (Teil-)Populationen der nachwachsenden Generationen zu identifizieren, die von diesen Risikofaktoren belastet und insofern (potenziell) in ihrer Entwicklung gefährdet sind (*Risikopopulation*). Dies trifft insbesondere für Kinder erwerbsloser Eltern, aus Alleinerziehenden- und Migrantenfamilien[12] sowie aus kinderreichen Haushalten zu.

In Bezug auf Armut moderierende Wirkungen von Sozialräumen gilt, dass strukturell benachteiligte Lebensräume Armutsfolgen bei Kindern einerseits verstärken können. Andererseits können kinder- und familienfreundliche Lebensraum- und Wohnbedingungen sich auch als entwicklungsförderlich erweisen, etwa dann, wenn eine gute familienbezogene Infrastruktur und (kostengünstige) Kinderfreizeitangebote erreichbar sind.[13] Als besonders einflussreiche kontextuelle Risikofaktoren werden beengte Wohn-

[10] Vgl. Gerda Holz, Kinderarmut in benachteiligten Stadtteilen, in: Difu-Projektgruppe, Bundestransferstelle Soziale Stadt, Soziale Stadt, Info Nr. 15/2004, S. 9. *Anmerkung der Redaktion:* Siehe auch den Beitrag von G. Holz in dieser Ausgabe.

[11] Vgl. ebd.

[12] Vgl. dazu Ursula Boos-Nünning, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund: Armut und soziale Deprivation, in: Margherita Zander (Hrsg.), Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis, Wiesbaden 2005, S. 161–180.

[13] Vgl. G. Holz (Anm. 10), S. 9.

verhältnisse und – mit Blick auf familien- und kindbezogene soziale Dienste vor Ort – eine lückenhafte gesellschaftliche und institutionelle Infrastruktur gewertet. Schließlich trägt das Wohnumfeld, in dem Kinder und Jugendliche aufwachsen, zur kindlichen Sozialisation bei. Andrea Breitfuss und Jens Dangschat sehen Bewältigungsstrategien von Kindern in Armutsgebieten deshalb als Risikofaktoren im Sinn einer Gratwanderung, die über ein Gelingen von Sozialisations- und Individuationsprozessen entscheiden.[14]

Den in der Kindheitsforschung seit längerem verbreiteten Paradigmenwechsel von einer Defizit- hin zu einer Ressourcenorientierung vollziehend, sind auch innerhalb der Kinderarmutsforschung die Schutzfaktoren allmählich in den Blickpunkt gerückt. Sie werden auch als „protektive Faktoren“ und „Bewältigungspotenziale“ bezeichnet und sind von der so genannten Resilienzforschung untersucht worden. Diese erforscht Schutzfaktoren und Bewältigungsstrategien, die Kinder trotz ausgeprägter Risikokonstellationen zu einer gesunden, altersadäquaten Entwicklung im Wohlbefinden befähigen. Als wichtige Resilienzfaktoren im frühen Kindesalter gelten beispielsweise eine gute Eltern-Kind-Beziehung, soziale Kompetenzen, Kontakte und ein aktives Problembewältigungsverhalten von Kindern und Eltern sowie gemeinsame familiäre Freizeitaktivitäten.

Förderprogramme, Soziale Dienste und Projekte in benachteiligten Quartieren

Als Reaktion auf fortschreitende sozialräumliche Spaltungen infolge des wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandels wurden in den neunziger Jahren viele Stadtteile als benachteiligte und besonders zu fördernde Sozialräume ausgewiesen.[15] Seither sind sie zum Ziel sozialpolitischer Interventionsstrategien von Bund und Ländern geworden; beispielhaft genannt seien das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ sowie dessen Teilprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“. Ersteres zielt unter anderem darauf, „die Abkoppelung benachteiligter Stadtteile von der Entwicklung der übrigen Stadt zu beenden, die Wohn- und Lebensverhältnisse zu verbessern und der Polarisierung der Stadtentwicklung entgegenzuwirken“.[16] Das Ziel des Letzteren ist es, über die im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes geförderte Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe Ressourcen für benachteiligte Sozialräume zu mobilisieren und die Strukturen der Arbeit vor Ort weiter zu entwickeln. Im Kontext dieser Programme konnten durch Synergieeffekte von bestehenden Diensten und durch zusätzliche Fördermittel eine Reihe von Projekten, Initiativen und Netzwerken in den Stadtteilen etabliert werden.

Neben reguläre Kinder-, Jugend- und Familienhilfemaßnahmen, die als soziale Dienste auf kommunaler und Stadtbezirksebene flächendeckend angeboten werden, treten allmählich punktuelle Angebote, die spezifisch für Familien und Kinder entwickelt werden. Sie reichen von Modellprojekten zur Bewältigung von Kinderarmut bis zu Verbesserungsmaßnahmen der sozialen Infrastruktur, von Vernetzungsaktivitäten sozialer Akteure bis hin zu einer sozialräumlichen Neuausrichtung der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Auch gemeinwesenorientierte Instrumente Sozialer Arbeit – wie das auf die Stärkung der Selbsthilfe- und Teilhabepotenziale von Bewohnern setzende Quartiersmanagement – werden in benachteiligten Stadtteilen vermehrt eingesetzt.

Um die Vielfalt von Maßnahmen gegen Kinderarmut im Sozialraum zu systematisieren, könnte man analytisch auf der strukturellen Ebene des Gemeinwesens angesiedelte Ansätze und solche auf der sozialen Interaktionsebene von Fachkräften (Erziehern, Lehrern, Sozialarbeitern) mit Familien und Kindern unterscheiden. Projekte und Initiativen der strukturellen Ebene versuchen beispielsweise, Angebote der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sozialräumlich neu auszurichten, deren Akteure vor Ort zu vernetzen oder eine politische Positionierung – etwa im Leitbild von Gemeinden zu (Kinder-)Armut als Querschnittsthema der kommunalen Stadtentwicklung – zu etablieren. Auch gezielte Infrastrukturmaßnahmen und armutspräventive Hilfsangebote gehören dazu.

[14] Vgl. Andrea Breitfuss/Jens S. Dangschat, Sozialräumliche Aspekte von Armut im Jugendalter, in: A. Klocke/K. Hurrelmann (Anm. 1), S. 127 ff.

[15] Vgl. F. Bertsch/M.-B. Piorkowsky (Anm. 6), S. 32.

[16] Vgl. Hartmut Häußermann, Umbauen und Integrieren – Stadtpolitik heute, in: APuZ, (2005) 3, S. 6.

Auf der sozialen Interaktionsebene ist das Spektrum von Aktivitäten noch größer. Sie sind einmal nach Zielgruppen unterscheidbar. Zum anderen lassen sich verschiedene Handlungsfelder identifizieren, die jeweils im Zentrum stehen. So nennt eine in katholischen Kindertagesstätten durchgeführte Erhebung Bildungs- und Sprachförderung, Beratung, Sensibilisierung, konkrete Unterstützung sowie „Kultur" als sechs Schwerpunkte von Projekten, die jeweils unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten bieten.[17] Darüber hinaus gibt es Angebote für Kinder und Eltern in der Gesundheits- und Ernährungsförderung, in der Hauswirtschafts- und Familienbildung (etwa zu Erziehungsfragen) und in außerschulischen Freizeitaktivitäten.

Da in der Praxis regelmäßig beide Handlungsebenen berücksichtigt werden, wird im Folgenden eine andere Kategorisierung von Ansätzen verfolgt. Demnach werden soziale Projekte und Initiativen danach eingeordnet, ob sie eher reaktive oder aber präventive Aspekte betonen. Tendenziell zeichnet sich eine Ergänzung der klassischen Interventionsmaßnahmen um Präventionsansätze zur Kinderarmut ab, die aus Mitteln von Sonderprogrammen finanziert werden und die Vernetzung von Akteuren in benachteiligten Stadtteilen fördern.

Interventionsansätze: Soziale Dienste und Projekte im Stadtteil

Die sozialen Dienste der kommunalen Kinder-, Jugend- und Familienhilfe stellen auf der Grundlage des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) situationsadäquate Hilfsmaßnahmen bereit, wenn Krisen, Erziehungsprobleme oder Kindervernachlässigung in Familien auftreten, die das Kindeswohl gefährden. Klassische Hilfsangebote wie Inobhutnahme, Heimerziehung oder sonstige betreute Wohnformen verzeichnen seit einigen Jahren eine gestiegene Inanspruchnahme.[18]

Im Rahmen von Reorganisationsmaßnahmen bildet sich innerhalb der kommunalen Kinder- und Jugendhilfepraxis allmählich die in der Fachöffentlichkeit bereits seit längerem propagierte Devise einer neuen Sozialraumorientierung heraus. Dieser Wandel ist mit weit reichenden Vernetzungserfordernissen, etwa durch Stadtteilkonferenzen und den Ausbau von Ganztagsschulangeboten, verbunden.[19] Ebenso wie von der kommunalen Kinder-, Jugend- und Familienhilfe wird auch von Kindertagesstätten, Schulen und Trägern außerschulischer Kinder- und Jugendfreizeitangebote eine „Öffnung der Einrichtung zum Stadtteil" gefordert.[20]

Frühkindliche Deprivationen bergen das Risiko einer biografischen Verfestigung, etwa in Form von Bildungsarmut.[21] Die im frühen Kindesalter ausgebildeten kognitiven, emotionalen und motorischen Grundfertigkeiten bilden das Fundament, auf dem eine erfolgreiche Sozialisation und Bildungsteilhabe aufbaut. So konzentriert sich eine wachsende Zahl von Projekten im Kindertagesstättenbereich auf die Bekämpfung von Armutsfolgen bei jüngeren Kindern. Je jünger die im Mittelpunkt der Maßnahme stehende Altersgruppe ist, desto größere Bedeutung erlangen Eltern und in besonderem Maße Mütter. Gerade mit jüngeren Kindern haben sich, wie bei Mutter-Kleinkind-Sprachlernangeboten, zielgruppenübergreifende Angebote bewährt. Beispielhaft für weitere elternbezogene Maßnahmen seien Mütterkurse für Alleinerziehende genannt, Sprachförderangebote für Mütter mit Migrationshintergrund, hauswirtschaftliche Bildungsangebote oder die Bereitstellung einer „Beratungs- und Hilfeplanung aus einer Hand" in familiären Notsituationen.

Für ältere Kinder und Jugendliche dominieren sport-, kultur-, erlebnis- und medienpädagogische Aktivitäten sowie Bildungsangebote wie Hausaufgabenbetreuung, die von den Kinder- und Jugendeinrichtungen und den Schulen in den Stadtteilen angeboten werden. Diese Angebote zielen darauf, (Bewältigungs-)Potenziale zu stärken sowie ma-

[17] Vgl. Diözesan-Caritas Verband für das Erzbistum Köln e.V. (Hrsg.), Arme Kinder in Tageseinrichtungen für Kinder. Kompakt Spezial, April 2005, S. 23.
[18] Vgl. G. Holz u. a. (Anm. 8), S. 5.
[19] Vgl. Werner Schefold, Sozialräumlichkeit von Hilfeverfahren, in: Projekt „Netzwerke im Stadtteil" (Hrsg.), Grenzen des Sozialraums. Kritik eines Konzepts – Perspektiven für Soziale Arbeit, Wiesbaden 2005, S. 145 ff.
[20] Vgl. auch Wolfgang Mach/Joachim Schroeder, Schule und lokale Bildungspolitik, in: Fabian Kessl u. a. (Hrsg.), Handbuch Sozialraum,Wiesbaden 2005, S. 342 ff.
[21] Für Armut im Grundschulalter vgl. Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (Anm. 7), S. 78 ff.

terielle, gesundheitliche, kulturelle oder soziale Deprivationen abzubauen. Nach Themenschwerpunkten können Ansätze der Gesundheits- und Ernährungsförderung, der Sozial- und Kulturpädagogik, der Bildungs- und Sprachförderung sowie Angebote mit Bezug auf die Grundversorgung von Schulkindern und Jugendlichen unterschieden werden. Eine weitere Gruppe von Maßnahmen richtet sich explizit an Jugendliche im Übergang von der Schule in den Beruf. Schließlich sind Fortbildungsangebote für Mitarbeiter sozialer Einrichtungen (wie Kindertagesstätten, Schulen, Stadtteilzentren oder Jugendfreizeitstätten) zu nennen, die unmittelbar mit Kindern, Jugendlichen und deren Familien arbeiten. Zwei ausgewählte Beispiele von sozialraumbezogenen Modellprojekten für von Armut betroffene Kinder seien im Folgenden illustriert.

Saarbrücker Stadtteilprojekte: Mit den in zwei benachteiligten Stadtbezirken Saarbrückens – im Unteren Malstatt und Alt-Saarbrücken – seit 2003 durchgeführten Modellprojekten wird versucht, den Auswirkungen von Armut bei 10- bis 12-jährigen Kindern auf Stadtteilebene zu begegnen.[22] In Trägerschaft zweier Wohlfahrtsverbände wurden verschiedene Aktivitäten für Kinder aus Familien mit Langzeitsozialhilfebezug entwickelt:

Bei dem Alt-Saarbrücker Modellprojekt handelt es sich um ein sozialpädagogisches Schwerpunktprogramm. Die Sprachbildungsangebote fördern die Lese- und Medienkompetenz sowie künstlerische und musische Neigungen bei Kindern. Mittels Freizeit-, Kultur- und Outdoorveranstaltungen werden die gesellschaftliche und kulturelle Partizipation, das Kennenlernen des Stadtteils zwecks Erweiterung des kindlichen Aktionsradius und eine aktive Freizeitgestaltung ermutigt. Ergänzend wird Eltern eine Beratung in Erziehungsfragen und freizeitkulturelle Aktivitäten offeriert und eine Vernetzungsarbeit mit Institutionen im Stadtteil verfolgt.

Im Unteren Malstatt wurde ein Kinderhaus eröffnet, das als niedrigschwellige offene Anlaufstelle einerseits Freizeit- und Kreativitätsangebote, Mittagessen und soziale Unterstützung für Kinder der Nachbarschaft anbietet und andererseits eine Gruppe von Kindern gezielt unterstützt. Durch Hausaufgabenhilfe, Spiel- und Freizeitangebote sowie Elternkurse und eine kontinuierliche Familienarbeit sollen die Ressourcen dieser Kinder und die Selbsthilfepotenziale und Erziehungskompetenzen ihrer Familien gefördert werden. Auf Stadtteilebene werden die Bestandsaufnahme und die Weiterentwicklung einer nachhaltigen Vernetzung verfolgt.

„Ku.Ki“ – Kulturarbeit mit Kindern: Das jüngst im Ruhrgebiet begonnene, von der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW geförderte Projekt des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands (DPWV) richtet sich an Kinder, insbesondere von Alleinerziehenden mit Migrationshintergrund, die in zwei benachteiligten Gebieten von Duisburg und Bottrop leben. Die Zielgruppe ist nicht nur dem größten Armutsrisiko ausgesetzt, sondern weist auch im Bereich der kulturellen Kompetenzen einen besonderen, über Sprache hinausgehenden Förderungsbedarf auf. Durch eine sozialraumorientierte Kinder- und Jugendkulturarbeit, die von zwei freien Trägern – dem Arbeiter-Samariter-Bund Landesverband NRW e.V. und der Arbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte e.V. – vor Ort durchgeführt wird, sollen Kinder und Jugendliche verschiedenen Alters in ihren Alltagskompetenzen gestärkt werden. Unter musikpädagogischer Anleitung entwickeln sie Musicals, die als Veranstaltungsreihe im Stadtteil präsentiert werden.

Diese Aktionsform wurde gewählt, weil damit Tätigkeiten wie Tanzen, Singen, Musizieren, Schauspielen und Requisitenherstellen aufgegriffen und ein breites Spektrum kultureller und musischer Kompetenzen von Kindern gefördert werden können. Daneben wird eine aktive Kooperations- und Netzwerkarbeit verfolgt. Die Veranstaltungsreihe soll nach Projektabschluss in das „Regelangebot“ einer im Stadtteil ansässigen Einrichtung überführt werden.[23]

[22] Vgl. iSPO-Institut, 2. Zwischenbericht der beiden Modellprojekte zur Bekämpfung der Auswirkungen von Kinderarmut, Saarbrücken 2005, S. 8 ff.; auch zum Folgenden: Rosie Divivier/Dirk Groß, Bekämpfung von Armutsfolgen durch Soziale Arbeit, in: M. Zander (Anm. 12), S. 260 ff.

[23] Vgl. www.ku-ki.de.

Prävention von Kinderarmut in benachteiligten Stadtteilen

Präventiven Angeboten wird seit geraumer Zeit eine gestiegene Bedeutung beigemessen. So legte die Bundesregierung im Kontext des nationalen Aktionsplanes zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung ein familienpolitisches Armutspräventionsprogramm auf.[24] Mit der gewachsenen Armutsgefährdung hat sich, initiiert durch die eingangs genannten Förderprogramme von Bund und Ländern, in den betroffenen Stadtteilen ein breites Spektrum präventionsorientierter Projekte und Netzwerke entwickelt. Sie behandeln Themen wie Gesundheitsförderung,[25] Stadtteilkultur oder (Jugend-)Beschäftigungsförderung. Manche Modellprojekte unterstützen vorbeugend kindliche Bewältigungspotenziale.[26]

In Fachwissenschaft und Praxis ist man sich darüber einig, dass präventive Hilfen so früh wie möglich, also bei Kindern spätestens im Kindergartenalter und bei Müttern idealerweise während der Geburtsvorbereitung, einsetzen sollten. Insbesondere Klein- und Kindergartenkinder und ihre Mütter sind als Zielgruppe präventiver Projekte deshalb in den Fokus gerückt. Wenngleich das Problembewusstsein etwa unter Erzieherinnen in Kindertagesstätten enorm gestiegen ist, sind präventive Hilfen im Umfeld gefährdeter Familienhaushalte relativ selten anzutreffen.

Seit einigen Jahren werden so genannte soziale Frühwarnsysteme als Instrumente einer präventionsorientierten Sozialpolitik empfohlen, die sich verdichtende Problemlagen in benachteiligten Sozialräumen frühzeitig erkennen.[27] Neben Kindesvernachlässigung kann so auch Armutsfolgen bei Kindern und Jugendlichen begegnet werden.[28] Margaritha Zander und Bertold Dietz schlagen vor, Frühwarnsysteme danach zu differenzieren, ob sie auf der Makroebene einer Gesamtkommune, der Mesoebene wohnumfeldnaher, privater und institutioneller Sphären von Familien oder auf der Mikroebene angesiedelt sind, auf welcher die Familie als Netzwerk in den Blick genommen wird.[29] Gemeinsam ist verschiedenen Frühwarnsystemen, dass geeignete Sensoren (etwa Sozialraumanalysen, kommunale Sozialarbeit, Expertenbefragungen, Beratungsstellen) die Anzeichen von Fehlentwicklungen bereits im Entstehungsprozess erkennen und Institutionen darüber informieren.

Auch im Bereich präventiver Ansätze können Projekte entweder nach thematischen Schwerpunkten ihrer Zielsetzung (z. B. im Bereich Gesundheits- oder Bildungsförderung) oder danach klassifiziert werden, ob sie auf der sozialen Interaktionsebene primär an Kinder und Eltern oder auf der strukturellen Ebene an Fachkräfte bzw. Netzwerke sozialer Einrichtungen adressiert sind. Eine kindbezogene Armutsprävention hat die Sozialisationsbedingungen in den Blick zu nehmen; sie sollte „auf die Schaffung und Gestaltung von existenziellen Entwicklungsmöglichkeiten für die Kinder sowie auf die Stärkung des kindlichen Umfeldes, ganz besonders der Familie“, zielen.[30] Insbesondere in präventionsorientierten Initiativen für Kleinst-, Klein- und Kindergartenkinder sind Eltern deshalb eine wichtige Zielgruppe. Elternberatung, Mütterkurse für Alleinerziehende, Familienbildungs- und Erziehungshilfemaßnahmen sollen die Erziehungs- und Wirtschaftskompetenzen von Eltern stärken, bevor das Wohlbefinden von Kindern langfristig beeinträchtigt wird. Der Stellenwert von Netzwerkarbeit ist in präventionsorientierten Einrichtungen hoch, weil diese eine Voraussetzung für die Früherkennung und ein Gegensteuern bilden. Dies sei anhand einiger ausgewählter Modellprojekte illustriert.

[24] Vgl. Strategien zur Stärkung der sozialen Integration. Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003–2005, Aktualisierung 2004, S. 56; www.bmas.bund.de.
[25] Vgl. dazu die Projektdatenbank Gesundheit www.datenbank-gesundheitsprojekte.de.
[26] Zur Dokumentation sozialraumorientierter Projekte für Familien und Kinder vgl. Difu-Projektgruppe (Anm. 10).
[27] Vgl. auch zum Folgenden: Margherita Zander/Bertold Dietz, „Kommunale Familienpolitik“. Expertise für die Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“ des Landtages von Nordrhein-Westfalen, Münster 2003, S. 77 f.
[28] Praxisbeispiele dazu in Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW (Hrsg.), Soziale Frühwarnsysteme in NRW – Wertvolle Beispiele aus der Praxis, Düsseldorf 2003.
[29] Vgl. M. Zander/B. Dietz (Anm. 27), S. 77.
[30] Siehe G. Holz u. a. (Anm. 8), S. 24.

Modellprojekt Kids & Knete: Zielsetzung des im Bereich der hauswirtschaftlichen Bildung zu verortenden Aachener Modellprojekts einer Schuldnerberatung ist es, Kinder bereits im Vor- und Grundschulalter zu aufgeklärten Konsumenten zu erziehen, um einer Verschuldung im Jugendalter frühzeitig vorzubeugen.[31] Parallel zu einer überregionalen Multiplikatorenarbeit erstellte man dazu Unterrichtsmaterialien in Form eines Lehrer- sowie eines Schülerheftes, mit deren Hilfe auch Grundschulkinder aus benachteiligten Familien unter pädagogischer Anleitung kreative Zugänge zum Thema „Geld und Konsum" ausprobieren können. Die Hefte greifen Themen wie „Wünsche und Bedürfnisse", „Mein Taschengeld", „Der Geldkreislauf" oder „Die Werbung" auf.

Mo.Ki – Monheim für Kinder: „Mo.Ki." ist ein mehrfach ausgezeichnetes Modellprojekt in Monheim am Rhein und einem benachteiligten Stadtteil, dem Berliner Viertel. Um verschiedene Aktivitäten anzuregen, wurde in Trägerschaft des Jugendamtes eine Regiestelle eingerichtet, die als Seismograph für Veränderungen im Viertel dient und als Knotenpunkt die Netzwerk- und Projektarbeit vor Ort koordiniert. Die Regiestelle agiert sowohl auf strategischer Ebene mit kommunalpolitischen Gremien, Einrichtungsleitungen sowie Betroffenenvertretungen als auch auf operativer Ebene mit den vor Ort tätigen Fachkräften und Betroffenen; mittlerweile ist sie in das kommunale Regelangebot überführt worden.

Die zweite tragende Säule von Mo.Ki ist eine ausgereifte Vernetzung der kommunalen Akteure, die ausgehend von den trägerübergreifend vernetzten Kindertagesstätten im Berliner Viertel zur Entwicklung zahlreicher Angebote für armutsbedrohte Kinder und Familien beiträgt. Im Laufe der Projektarbeit wurde ein „Netzwerk Mo.Ki" etabliert, dem 50 lokale und regionale Institutionen von Kindertagesstätten, Schulen, Ämtern und freien Trägern sozialer Dienste bis hin zu einem Stadtteilbüro, der Volkshochschule und der örtlichen Frauenärztin angehören.

Kern des Projekts ist eine „Präventionskette", die verschiedene Bausteine für Kinder, Eltern und mit ihnen befasste Fachkräfte ab der Schwangerschaftsvorbereitung und dem frühen Kindesalter bereitstellt.[32] Zu den auch andernorts nutzbaren Bausteinen zählen beispielsweise das Sprach- und Lernförderungsmodul „Rucksack" für 4- bis 6-Jährige und ihre Mütter, das in Zusammenarbeit mit der regionalen Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder angeboten wird, oder die Module „Lott Jonn" und „Gänseliesellauf", die der kindlichen Bewegungs- und Gesundheitsförderung dienen. Für Eltern bietet die Sozialpädagogische Familienhilfe in Kindertagesstätten eine niedrigschwellige Beratung an; außerdem werden Bausteine zu „Elternberatung und -information" und einem „Familienbildungsprogramm" zur Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz entwickelt sowie multikulturelle Mutter-Kind-Kochkurse angeboten. Den Fachkräften werden präventionsorientierte Qualifizierungsangebote gemacht, etwa zur Gesprächsführung bei Elterngesprächen oder einem Videotraining für pädagogische Fachkräfte.

Fazit

Länder- und Regionalvergleiche zeigen, dass eine wachsende Zahl armer Kinder durch die historische Koinzidenz von zwei Krisen verursacht wird: auf der einen Seite der Bedeutungsverlust des „Ernährerehemann"-Modells[33] des industriellen Zeitalters, im Zuge dessen sich Lebensformen pluralisieren; auf der anderen Seite der Übergang in eine postindustrielle, „globalisierte" Dienstleistungsgesellschaft. Beide Krisen verstärken sich wechselseitig. Niedrig entlohnte, zum Teil prekäre (Teilzeit-)Beschäftigung, etwa in den distributiven, personen- und haushaltsnahen Dienstleistungsgruppen, bilden ein wachsendes Segment des Arbeitsmarktes. Migrantenfamilien, (alleinerziehende) Frauen und kinderreiche Familien sind von diesen Krisen überdurchschnittlich betroffen. Weil immer mehr von ihnen konzentriert in benachteiligten städtischen Wohngebieten leben, ist das Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen dort erheblich gestiegen.

[31] Vgl. R. Divivier/D. Groß (Anm. 22), S. 257 ff.

[32] Vgl. hierzu und zum Folgenden: G. Holz u. a. (Anm. 8), S. 63 u. 115 ff.

[33] Vgl. Ute Klammer, Soziale Sicherung, in: Hans-Böckler-Stiftung, WSI-Frauen Daten Report 2005, Düsseldorf 2005, S. 307 ff.

Vielleicht werden Beobachter in 50 Jahren sagen, dass diese Krisen ein Kohortenschicksal einer historischen Übergangsphase gewesen seien. Aber auch eine langfristige „US-Amerikanisierung“ mit räumlich segregierten Wohngebieten einer „urban underclass“ ist nicht auszuschließen. Ein Schlüssel zur Steuerung beider Krisen liegt in den Stadtteilen. Dort kann den Folgen relativer Armut präventiv begegnet werden.

Armut bedeutet für Kinder häufig nicht nur eine Einschränkung ihrer gegenwärtigen Handlungsspielräume, sondern auch eine Begrenzung ihrer zukünftigen Entwicklungschancen. Ein kinder*un*freundlicher Sozialraum, in dem „Hartz-IV“Bezug zur lebensweltlichen Normalität geworden ist, kann eine pessimistische Lebenseinstellung und eine negative Einschätzung eigener Möglichkeiten verstärken. Der eigentliche Skandal der Kinderarmut liegt dann nicht mehr – wie im 19. Jahrhundert – in Hunger und ausufernder Kinderarbeit, sondern in der historischen Zufälligkeit dieses Kohortenschicksals. Diesem Risiko lässt sich mittels Intervention und Prävention wirksam begegnen. Allein dadurch wird Kinderarmut allerdings nicht aus der Welt zu schaffen sein. Ihre Vermeidung stellt zugleich eine politische Querschnittsaufgabe dar, die von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam in der Steuer-, Arbeitsmarkt-, Familien-, Sozial- und Bildungspolitik zu bewältigen ist.

Christoph Butterwegge

Wege aus der Kinderarmut

Kinderarmut empört viele Menschen. Sie sehen dadurch die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft – auf ökonomischer und wissenschaftlich-technischer Überlegenheit bzw. Konkurrenzfähigkeit im globalen Wettbewerb zwischen einzelnen Wirtschaftsstandorten gründend – gefährdet. Schon deshalb sollte die Bundesrepublik für das Problem der Kinderarmut sensibilisiert, die Öffentlichkeit mobilisiert und die Politik dagegen intensiviert werden. Darüber hinaus gebieten es internationale Konventionen, Kindern und Jugendlichen ein Aufwachsen in Not und Elend zu ersparen. Schließlich gehören die ganz Jungen zweifelsfrei zu jenen Armen, die kein eigenes Verschulden trifft, was die Chancen für eine Solidarisierung mit ihnen erhöht.

Christoph Butterwegge
Dr. rer. pol. habil., geb. 1951; Professor an der Universität zu Köln, Seminar für Sozialwissenschaften, Gronewaldstr. 2, 50931 Köln.
ewf-politikwissenschaft@uni-koeln.de (Sekretariat)
www.christophbutterwegge.de.vu/

In einem so wohlhabenden Land wie der Bundesrepublik muss es Kinderarmut nicht geben, wäre diese doch durch Präventions- bzw. Interventionsmaßnahmen zu verringern und ihr neuerliches Entstehen zu verhindern. Da sich Kinderarmut nicht *mono*kausal erklären und auf *eine* Ursache reduzieren lässt,[1] kann sie nur *mehr*dimensional bekämpft werden. Gegenstrategien sind danach zu beurteilen, ob sie die Lebenssituation der Kinder umfassend und nachhaltig verbessern können.

Weil punktuelle Interventionen der Problematik, die hier behandelt wird, nicht angemessen sind, plädiert Frank Bertsch für eine *integrale* Strategie der Armutsbekämpfung,

[1] Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge u. a., Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich, Wiesbaden 2004², S. 87 ff.; ders./Michael Klundt/Matthias Zeng, Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 2005, S. 11 ff.

die seiner Meinung nach drei Ziele zu verfolgen hat: die Sicherung der Chancen zur eigenständigen Lebensbewältigung, die Verteidigung des inneren Friedens und die Flankierung ökonomischer Modernisierungsprozesse. Dabei differenziert Bertsch zwischen Armuts*prävention*, zu der Bildung, Beratung und Beteiligung, die Vermittlung von Bewältigungsstrategien sowie die Reorganisation der Infrastruktur in kommunalen Lebensräumen gehören, und Armuts*bekämpfung*, die nicht über Einkommenstransfers allein erfolgen kann, sondern auch die (Wieder-)Herstellung der wirtschaftlichen und sozialen Handlungsfähigkeit von Betroffenen einschließt. „Armutsprävention und Armutsbekämpfung knüpfen an Spielräumen von Lebenslagen an; mit Optionen, die Defizite benennen, Verhaltens-, Lern- und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, Reserven an humanen Fähigkeiten und materiellen Ressourcen mobilisieren und Angebote an externer Hilfe erschließen."[12]

In der Armutsforschung hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass besonders *Kinder*armut viel mehr heißt, als wenig Geld zu haben. Denn sie manifestiert sich in verschiedenen Lebensbereichen und führt zu vielfältigen Benachteiligungen, Belastungen oder Beeinträchtigungen, etwa im Wohn-, Bildungs-, Ausbildungs-, Gesundheits- und Freizeitbereich. Was mittels des „Lebenslagenansatzes" als relativ junger Richtung der Armutsforschung dokumentiert wird, bleibt für eine Bekämpfung der Kinderarmut nicht folgenlos: Sie muss auf mehreren Wirkungsebenen ansetzen, die miteinander zu verbinden sind.[13]

Kinderarmut zu bekämpfen erfordert, Strukturen sozialer Ungleichheit zu beseitigen. Gerechter zu verteilen sind Erwerbsarbeit, Einkommen, Vermögen und Lebenschancen, um das gesellschaftlich bedingte Problem der Kinderarmut zu lösen. Ein Paradigmawechsel vom „schlanken", wenn nicht magersüchtigen, zum interventionsfähigen wie -bereiten Wohlfahrtsstaat, der für die soziale Lage seiner armen oder armutsgefährdeten Bürgerinnen und Bürger mehr Verantwortung übernimmt, ist überfällig.[14] Es gibt zwar keinen Königsweg aus der (Kinder-) Armut, aber zahlreiche Einzelmaßnahmen, um diese zu reduzieren, und fünf Politikfelder, die zu verbinden sind: Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Familienpolitik, Bildungspolitik, Gesundheits- und Sozialpolitik (einschl. Kinder- bzw. Jugendhilfe) sowie Stadtentwicklungs- und Wohnungs(bau) politik.

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Die sich heute in allen entwickelten Industriestaaten verfestigende Massenarbeitslosigkeit zieht für Betroffene oft einen sozialen Abstieg nach sich, der meist stufenförmig verläuft und besonders dann auch deren Familien hart trifft, wenn es sich um Alleinernährerinnen oder -ernährer bzw. Alleinerziehende handelt. „Insofern bedarf es zur effektiven Verhinderung von Verarmung und zur Bekämpfung bereits entstandener Armutslagen vor allem einer aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, deren Kern die Umverteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung, der Abbau von Überstunden sowie die Ermöglichung flexibler Übergänge von Phasen der Erwerbs- und Nichterwerbstätigkeit ist."[15]

Eine konsequente Beschäftigungspolitik würde nicht nur die Massenarbeitslosigkeit verringern, sondern auch der Kinderarmut entgegenwirken. Sie müsste von einer Umverteilung der Arbeit durch den Abbau von Überstunden und die Verkürzung der Wochen- wie der Lebensarbeitszeit über kreditfinanzierte Investitionsprogramme bis zu einem öffentlich geförderten Dienstleistungssektor alle Möglichkeiten zur Schaffung von Stellen nutzen.

Bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit sollte – zumindest für Geringverdienende – voller Lohnausgleich das Ziel sein. „Ohne intelligente Modelle der Arbeitszeitverkürzung werden die Massenarbeitslosigkeit und die mit ihr wachsende Armut nicht zu über-

[12] Frank Bertsch, Staat und Familien. Familien- und Kinderarmut in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), (2002) 22–23, S. 12.
[13] Vgl. hierzu: Ch. Butterwegge u. a. (Anm. 1), S. 271 ff.; ders./M. Klundt/M. Zeng (Anm. 1), S. 276 ff.
[14] Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden 2005[2].
[15] Volker Offermann, Kinderarmut als Ausdruck sozialer Heterogenisierung in den östlichen Bundesländern: das Beispiel Brandenburg, in: Christoph Butterwegge (Hrsg.), Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen, Frankfurt/M. – New York 2000[2], S. 132.

winden sein. Denn selbst bei optimaler Ausnutzung der Wachstumschancen führt die hohe Produktivitätsentwicklung nicht zu ausreichendem Jobwachstum."[6] Durch ein gesetzliches Verbot *bezahlter* Überstunden könnte man erreichen, dass Mehrarbeit nur noch per Freizeitausgleich abgegolten wird. Dies wäre nicht zuletzt deshalb wichtig, weil beruflicher Leistungsdruck viele Eltern zwingt, ihre Kinder aus Zeitnot zu vernachlässigen – auch das ist eine Form der Kinderarmut.

Da die Aushöhlung bzw. Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses" maßgeblich zur Verbreitung von (Kinder-)Armut beiträgt, ist die Bewahrung des Flächentarifvertrages ein weiteres Schlüsselelement ihrer Bekämpfung. Hinzutreten sollten Regelungen zu einem Mindestlohn, wie sie in den meisten EU-Mitgliedstaaten längst bestehen.[7] Aus der Tatsache, dass die Armut in Kernbereiche der Erwerbsarbeit vorgedrungen ist und auch viele Geringverdienende trifft, muss die Konsequenz eines gesetzlichen oder kollektivvertraglichen Mindestlohns gezogen werden.

Ein staatlich geförderter Niedriglohnsektor eröffnet den Unternehmen zwar die Möglichkeit, ihre Produktionskosten mittels einer versteckten Subvention zu senken, löst das Armutsproblem jedoch nicht, verschärft und verbreitert es vielmehr. „Niedriglöhne führen häufig dazu, dass ihre Empfänger und deren Familien mit dem Einkommen nicht auskommen und deswegen einen Ausschluss von der Teilhabe am sozialen, kulturellen und auch politischen Leben erfahren."[8] Der so genannte Kombilohn senkt die arbeitslosigkeitsbedingte Armut nicht, transformiert sie nur in eine Armut trotz Erwerbstätigkeit, die sich gegenwärtig ohnehin ausbreitet.[9]

[6] Rudolf Hickel, Standort-Wahn und Euro-Angst. Die sieben Irrtümer der deutschen Wirtschaftspolitik, Reinbek bei Hamburg 1998, S. 271.
[7] Vgl. Thorsten Schulten, Gesetzliche und tarifvertragliche Mindestlöhne in Europa – ein internationaler Überblick, in: ders./Reinhard Bispinck/Claus Schäfer (Hrsg.), Mindestlöhne in Europa, Hamburg 2006, S. 14 ff.
[8] Reinhard Bispinck/Claus Schäfer, Niedriglöhne und Mindesteinkommen: Daten und Diskussionen in Deutschland, in: Th. Schulten u. a. (Anm. 7), S. 288.
[9] Vgl. dazu: Wolfgang Strengmann-Kuhn, Armut trotz Erwerbstätigkeit. Analysen und sozialpolitische Konsequenzen, Frankfurt/M.–New York 2003.

Familienpolitik: Reformen des Lasten- bzw. Leistungsausgleichs

Was als „Normalfamilie" bezeichnet wird, unterliegt seit geraumer Zeit tiefgreifenden Wandlungen (Stichworte: Individualisierung, Enttraditionalisierung und Pluralisierung der Lebensstile).[10] Umso mehr sind Eltern und Kinder auf einen Wohlfahrtsstaat angewiesen, der dafür sorgt, dass sie auch nach der Geburt von Nachwuchs, dem Tod des Ernährers oder bei Trennung und Scheidung annehmbare Lebensbedingungen vorfinden.

Problematisch ist nicht etwa die (vermeintlich zu geringe) Höhe der familienpolitisch begründeten Transferleistungen, sondern ausschließlich deren (gegenüber sozialen Unterschieden indifferente) Struktur. Erwachsene dürften nicht der Elterneigenschaft wegen, vielmehr nur um ihrer Kinder willen gefördert werden, das heißt mit dem Ziel, dass diese ohne Beeinträchtigung ihrer Gesundheit, Psyche sowie Bildungs- und Entwicklungschancen aufwachsen. „Der Familienlastenausgleich soll deshalb auch nicht den Abstand zwischen Eltern mit Kindern gegenüber den Kinderlosen der jeweils niedrigeren sozialen Schicht wahren, sondern dafür sorgen, dass kein Kind in Armut lebt und dass alle Kinder die gleiche Chance auf Entwicklung haben."[11]

„Umverteilung von oben nach unten!", nicht „Umverteilung von den Kinderlosen zu den Eltern!" müsste die Devise einer gerecht(er)en Familienpolitik lauten. Dafür bietet sich auf den ersten Blick eine massive Erhöhung des Kindergeldsatzes an. Kindergeld ist zwar die wichtigste Sozialleistung in diesem Bereich, es wird jedoch auf die Hilfe zum Lebensunterhalt wie auf das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld (Hartz IV) angerechnet, was ausgerechnet jene Familien an seiner Erhöhung nicht partizipieren ließe, die das geringste (Transfer-)Einkommen haben.

[10] Vgl. Rüdiger Peuckert, Familienformen im sozialen Wandel, Wiesbaden 2005[6].
[11] Thomas Ebert, Beutet der Sozialstaat die Familien aus? – Darstellung und Kritik einer politisch einflussreichen Ideologie, in: Christoph Butterwegge/Michael Klundt (Hrsg.), Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, Opladen 2003[2], S. 106.

Ob mehr soziale Gerechtigkeit erreichbar wäre, wenn das Kindergeld *einkommensabhängig* gewährt würde, wie Petra Beckerhoff meint,[12] ist fraglich. So plausibel dieser Vorschlag klingt, so wenig berücksichtigt er, dass der Sozialstaat womöglich seinen Rückhalt in anderen Teilen der Bevölkerung verliert, wenn er nur noch die Armen und Bedürftigen alimentiert. Gerade weil – und vermutlich: bloß wenn – die Mittelschichten selbst von Universaltransfers wie dem Kindergeld profitieren, akzeptieren sie Programme für „randständige" Minderheiten: „Nur ein Sozialsystem, aus dem die Mehrheit der Bevölkerung Nutzen zieht, wird eine Staatsbürgermoral hervorbringen können. Wenn ‚Sozialstaat' ausschließlich negative Konnotationen hat und hauptsächlich für Arme da ist, wie es in den USA der Fall ist, wird er am Ende die Gesellschaft spalten."[13]

Sinnvoll wäre hingegen ein für alle Familien gleiches, einheitliches Kindergeld, während die für den Staat teuren und Spitzenverdiener begünstigenden Steuerfreibeträge fragwürdig sind. Statt *alle* Eltern gegenüber Kinderlosen materiell besser zu stellen, wie es die traditionelle Familienpolitik tut, müssen sozial benachteiligte Kinder gezielt gefördert werden. Dabei sollte ihre Unterstützung unabhängig von der Familienform wie von der Erwerbsbiografie der Eltern erfolgen. Rechte eines Kindes leiten sich aus seiner Identität als Kind, nicht aus seinem Verhältnis zu einem anspruchsberechtigten Elternteil ab.[14] Unser System der sozialen Sicherung ist nicht nur erwerbsarbeits- und ehezentriert, vielmehr auch stark erwachsenenorientiert. Die Rechtsposition von Kindern muss verbessert und institutionell verankert werden, dass sie autonome Subjekte mit eigenen Bedürfnissen und Ansprüchen sind. „Eine derart verstandene Kinderwohlfahrtspolitik ist eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe, deren einzelne Elemente, Programmteile und Instrumente bislang unzureichend in ihren Wirkungen auf die Wohlfahrt und Lebenschancen von Kindern untersucht worden sind."[15]

Obwohl die Eheförderung – statt einer Kinderförderung – als grundlegende Fehlorientierung der Familienpolitik gilt,[16] bietet die Umwandlung des Ehegatten- in ein Familiensplitting keine Lösung, weil dieses noch ungerechter hinsichtlich der Verteilungswirkung wäre. Die ehemalige Familienministerin Renate Schmidt kritisiert, dass ein Familiensplitting die Steuerbelastung kinderreicher Spitzenverdiener und Einkommensmillionäre deutlich verringern, kinderreichen Durchschnittsverdienern, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger(inne)n jedoch (zu) wenig oder nichts bringen würde: „Alleinerziehende würden davon allerdings profitieren, aber nur minimal, weil die wenigsten in Einkommenskategorien verdienen, wo ein Familien-Splitting deutliche Steuervorteile bringt."[17]

Bildungspolitik, Ganztagsbetreuung und Gemeinschaftsschule

Ungeklärt ist, ob Finanzmittel, die der (ganzen) Familie dienen sollen, bedürftigen Kindern wirklich helfen oder nur die Haushaltsvorstände erreichen. Claudia Pinl fordert statt höherer Zuwendungen des Staates an die Eltern einen Ausbau öffentlicher Einrichtungen, die auch den sonst leer ausgehenden Kindern zugute kämen: „Der ‚Familienleistungsausgleich' entzieht den Kindern Geld an den Stellen, wo gerade sie es am meisten brauchen: in Erziehungsberatungsstellen und schulpsychologischen Diensten, in Ganztagsschulen, KiTas, Horten, Krippen und Freizeiteinrichtungen für Jugendliche."[18] Beratungs-, Betreuungs- und Bildungsangebote

[12] Vgl. Petra Beckerhoff, Kein Kindergeld für Besserverdienende: ein Weg zu mehr Gerechtigkeit, in: Soziale Sicherheit, (1999) 9–10, S. 311 ff.

[13] Anthony Giddens, Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt/M. 1999, S. 126.

[14] Vgl. Magdalena Joos, Armutsentwicklung und familiale Armutsrisiken von Kindern in den neuen und alten Bundesländern, in: Ulrich Otto (Hrsg.), Aufwachsen in Armut. Erfahrungswelten und soziale Lagen von Kindern armer Familien, Opladen 1997, S. 76.

[15] Vgl. Johanna Mierendorff/Thomas Olk, Kinderwohlfahrtspolitik in Deutschland, in: Renate Kränzl-Nagl/Johanna Mierendorff/Thomas Olk (Hrsg.), Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen, Frankfurt/M.–New York 2003, S. 430.

[16] Vgl. Margit Schratzenstaller, Kinder statt Ehe fördern. Steuerpolitische Aspekte aktueller Familienpolitik, in: Soziale Sicherheit, (2001) 1, S. 9 ff.

[17] Renate Schmidt, S.O.S. Familie. Ohne Kinder sehen wir alt aus, Berlin 2002, S. 157.

[18] Claudia Pinl, Wieviele Ernährer braucht das Land? – Familienpolitik als Wahlkampfschlager, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (2001) 9, S. 1130.

für sozial benachteiligte Familien sind wirksamer als die Anhebung des Kindergeldes und steuerlicher Freibeträge.

Ganztagsschulen, die (preisgünstige oder kostenlose) Kindergarten-, Krippen- und Hortplätze ergänzen sollten, haben einen doppelten Nutzeffekt: Einerseits können von Armut betroffene oder bedrohte Kinder umfassender betreut und systematischer gefördert werden, andererseits ihre Mütter leichter als sonst einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, was sie finanzielle Probleme eher meistern lässt. Durch die Ganztags- als Regelschule lassen sich soziale Handicaps kompensieren, weil eine Versorgung der Kinder mit gesunder Nahrung (gemeinsames Mittagessen), eine systematische Förderung bestimmter Schülerinnen und Schüler bei der Erledigung von Hausaufgaben und eine sinnvollere Gestaltung des Nachmittags möglich sind.

Dieser Erkenntnis dürfte wohl geschuldet sein, dass der Bund durch ein Sonderinvestitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung" die Länder bis 2008 mit insgesamt vier Milliarden Euro bei der Schaffung von Ganztagsschulen unterstützt. Außerdem erhalten die Länder nach dem am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen *Tagesbetreuungsausbaugesetz* (TAG) jährlich 1,5 Milliarden EUR, die durch Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gespart werden sollen, zur Schaffung von mehr Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Um einen bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung zu ermöglichen, hält C. Katharina Spieß eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs für unabdingbar; gleichzeitig denkt sie an die Bildung einer aus Steuermitteln gespeisten Familienkasse.[19] Für die Unter-zwei-Jährigen müsste es dem Anspruch auf einen Kindergartenplatz nach § 24 Abs. 1 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII entsprechend einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz geben.

So wichtig mehr Ganztagsbetreuung ist, so wenig reicht sie aus, um Bildung stärker von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Gleichwohl stößt die öffentliche Reformdebatte selten bis zu den Wurzeln des Problems vor, der Drei- bzw. Viergliedrigkeit des Schulwesens in Deutschland. Wer von der Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschule für Kinder aller Bevölkerungsschichten jedoch nicht sprechen will, sollte auch von der Ganztagsschule schweigen. Diese war stets ein Ziel reformpädagogischer Bemühungen, degeneriert aber zur bloßen Verwahranstalt, wenn sie nicht in eine umfassende Strukturreform und ein Gesamtkonzept integriert wird, das soziale Selektion vermeidet.

Christof Prechtl und Daniel Dettling beklagen, dass die Bundesrepublik sechsmal so viel Geld für Soziales wie für Bildung aufwendet, sehen sie doch in Letzterer den Schlüssel zur Bekämpfung der (Kinder-)Armut: „Da zwischen Bildungsstand und Erfolg am Arbeitsmarkt ein klarer Zusammenhang besteht, produziert das deutsche Bildungswesen heute die Sozialfälle von morgen. Politisch bedeutet dies: Die Vermeidung von Bildungs-, nicht Einkommensarmut, ist die zentrale Herausforderung."[20] Hier unterliegen die beiden Autoren einem Irrtum: Was zum individuellen Aufstieg taugen mag, versagt als gesellschaftliches Patentrezept. Wenn alle Kinder mehr Bildung bekommen, konkurrieren sie um die wenigen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze nur auf einem höheren Niveau, aber nicht mit besseren Chancen. Fehlende oder mangelhafte (Schul-)Bildung kann die Armut potenzieren und zementieren. Sie ist jedoch nur der Auslöser, nicht die Ursache materieller Not. Bildung ist deshalb auch ein nur begrenzt taugliches Mittel, also keine Wunderwaffe im Kampf gegen die (Kinder-)Armut, weil sie zwar durch soziale Diskriminierung entstandene Teilhabedefizite junger Menschen mildern, aber nicht verhindern kann, dass materielle Ungleichheit auf deren Arbeits- und Lebensbedingungen durchschlägt.

Gerade wer Bildungs- als Sozialpolitik begreift, müsste verhindern, dass von der Schule über den Weiterbildungssektor bis zur Hochschule alle Institutionen dieses Bereichs privatisiert werden. Denn das heißt, die Eintrittsbarrieren für Sprösslinge weniger gut situierter Familien zu erhöhen. Michael Opielka macht deutlich, dass die Debatte über die

[19] Vgl. C. Katharina Spieß, Die Betreuung in Kindertageseinrichtungen: Ein Ausbau ist notwendig und muss auch öffentlich finanziert werden, in: Christof Prechtl/Daniel Dettling (Hrsg.), Für eine neue Bildungsfinanzierung. Perspektiven für Vorschule, Schule und Hochschule, Wiesbaden 2005, S. 43.

[20] Christof Prechtl/Daniel Dettling, Einleitung: „Wachstum durch Bildung – Chancen für die Zukunft nutzen!", in: dies. (Anm. 19), S. 9.

(Wieder-)Einführung von Studiengebühren und Schulgeld politisch-ideologisch motiviert und nicht frei von Mythen über das US-amerikanische Bildungssystem ist.[21] Kontraproduktiv wirken auch die Beschneidung der Lernmittelfreiheit durch entsprechende Gesetze in mehreren Bundesländern und die Schließung von (Schul-)Bibliotheken aus Kostengründen.

Gesundheits- und Sozialpolitik

Früherkennungs- bzw. Vorsorgeuntersuchungen (U 1 bis U 9) werden überwiegend, aber nur begrenzt von den sozial Marginalisierten, wahrgenommen.[22] Häufig zeigen die Schuleingangsuntersuchungen, welche gesundheitlichen Beeinträchtigungen die Kinder aus unterprivilegierten Schichten schon nach den ersten Lebensjahren aufweisen und welchen psychosozialen Belastungen sie dadurch ausgesetzt sind. Trotzdem erscheint der Vorschlag, die Früherkennungsuntersuchungen obligatorisch zu machen und die Nichtteilnahme mit Sanktionen zu belegen,[23] unangemessen. Gesundheitsprävention ist zwar zweckmäßig, dennoch sollte sie statt mit Strafen über Anreize erfolgen.

Da die Kommerzialisierung der kindlichen Freizeitgestaltung sozial benachteiligte Familien finanziell überfordert, müssen ihnen Städte und Gemeinden mehr kostenlose bzw. -günstige, aber gleichzeitig interessante und attraktive Angebote machen. Die öffentlichen Verwaltungen sieht Christian Palentien ebenso in der Pflicht wie die Träger der Wohlfahrtspflege: „Sie können, wie es in vielen Kommunen schon seit längerer Zeit üblich ist, günstig oder kostenfrei Angebote gestalten, etwa Ferienspiele, die sich an alle Kinder und Jugendlichen wenden, also nicht nur an die sozial schwächer gestellten, und hierüber eine weitere Ausgrenzung und Stigmatisierung vermeiden."[24]

Städte und Gemeinden sind aus finanziellen Gründen (sinkende Steuereinnahmen bei steigenden Sozialausgaben) immer weniger in der Lage, ihre Regelaufgaben im Kinder- und Jugendhilfebereich zu erfüllen, von freiwilligen Leistungen ganz zu schweigen. Wenn mehr Mittel zur Verfügung stünden, könnte die Sozial- und Jugendarbeit ein Stützpfeiler im Kampf gegen die Kinderarmut sein. Eine *kind*orientierte Sozialpolitik darf nicht zulassen, dass Beratungs- und Betreuungsangebote aufgrund staatlicher Sparmaßnahmen und leerer öffentlicher Kassen weiter verringert werden. Detlef Baum sieht die zentrale Herausforderung und eine adäquate Strategie zur Bekämpfung der Armut und ihrer Folgen für Kinder darin, den Zusammenhang zwischen räumlicher und sozialer Ausgrenzung in den Städten zu durchbrechen. „Will der Staat die individuelle rechtliche und ökonomische Position von Personen verbessern, muss die kommunale Sozialpolitik die sozialräumlichen Strukturen zu gestalten suchen, unter denen Menschen leben bzw. aufwachsen, und die pädagogischen Beziehungen zu optimieren oder zu konstituieren suchen, die das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in einer Kommune gelingen lassen."[25]

Roland Merten konstatiert, dass noch keine Kinder- und Jugendhilfepolitik entwickelt und realisiert worden sei, die man als Politik für Kinder und Jugendliche klassifizieren könne.[26] Aufgrund der „strukturellen Exklusion" von Kindern und Jugendlichen, die Merten

[21] Vgl. Michael Opielka, Bildungsreform und Sozialreform. Der Zusammenhang von Bildungs- und Sozialpolitik, in: ders. (Hrsg.), Bildungsreform als Sozialreform. Zum Zusammenhang von Bildungs- und Sozialpolitik, Wiesbaden 2005, S. 145 f.

[22] Vgl. Gerda Holz, Gesundheitsdefizite und Gesundheitspotenziale sozial benachteiligter und armer Kinder im frühen Kindesalter, in: Antje Richter/Gerda Holz/Thomas Altgeld (Hrsg.), Gesund in allen Lebenslagen. Förderung von Gesundheitspotenzialen bei sozial benachteiligten Kindern im Elementarbereich, Frankfurt/M. 2004, S. 29 ff.

[23] In einem „Beschluss des SPD-Parteivorstandes zur Kinder- und Familienpolitik: Wir sichern Deutschlands Zukunft", gefasst auf seiner Klausurtagung in Mainz am 16. 1. 2006, heißt es unter Hinweis auf „konkrete Regelungen", die folgen sollen, ganz lapidar: „Alle Kinder nehmen an Früherkennungs-Untersuchungen teil." (http://www.spd.de/servlet/PB/menu/1053383/e1651126.html, 9. 3. 2006).

[24] Christian Palentien, Kinder- und Jugendarmut in Deutschland, Wiesbaden 2004, S. 314.

[25] Detlef Baum, Armut und Ausgrenzung von Kindern: Herausforderung für eine kommunale Sozialpolitik, in: Ch. Butterwegge/M. Klundt (Anm. 11), S. 182.

[26] Vgl. Roland Merten, Kinder- und Jugendhilfepolitik als Politik gegen Kinder- und Jugendarmut: Möglichkeiten und Grenzen, in: Andreas Klocke/Klaus Hurrelmann (Hrsg.), Kinder und Jugendliche in Armut. Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen, Wiesbaden 2001[2], S. 312.

beklagt, geht es nicht nur um die materielle Unterstützung, sondern auch um die rechtliche Aufwertung und politische Emanzipation junger Menschen. (Sozial-)Politik für Kinder muss auch Politik von und mit Kindern sein, sollen diese als heute am häufigsten und am meisten von Armut bzw. Unterversorgung in zentralen Lebenslagen betroffene Subjekte wirklich ernst genommen werden.[27]

Raumplanung, Stadtentwicklung und Wohnungs(bau)politik

(Kinder-)Armut konzentriert sich in Großstädten und dort wiederum in ganz bestimmten Stadtteilen, die meist als „soziale Brennpunkte" gebrandmarkt oder euphemistisch als „Stadtteile mit besonderem Erneuerungs-" bzw. „Entwicklungsbedarf" bezeichnet werden. Mit dem 1999 aufgelegten Bund-Länder-Programm „Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt" sucht man die soziale Polarisierung und die Marginalisierung benachteiligter Quartiere rückgängig zu machen. Modellprojekte verzeichneten dort Teilerfolge, wenngleich sie den Teufelskreis zwischen der Armut und der Unterversorgung von Familien mit Wohnraum letztlich nicht aufbrechen konnten.

Matthias Bernt und Miriam Fritsche kritisieren, dass beispielsweise durch die Etablierung privater Planungsbüros als Träger der Quartiersentwicklung nicht nur unternehmerische Geschäftspraktiken in das Programm „Soziale Stadt" Einzug hielten, sondern auch Bürgerbeteiligung inszeniert und die Ungleichheitslogik neoliberaler Stadtentwicklungsmodelle reproduziert werde: „Die selektive Privilegierung von Inhalten im Instrument ‚Quartiersmanagement' kann deshalb maximal für ein begrenztes Gebiet und einen begrenzten Zeitraum die schlimmsten Fehler der ‚normalen' Stadtentwicklungspolitik abmildern. Die ‚Soziale Stadt' ist aber weder Allheilmittel noch sollte sie als Substitut für eine kohärente, strategische und mit ausreichenden Ressourcen ausgestattete Stadtentwicklungspolitik aufgefasst werden."[28]

Stadtentwicklungspolitik darf nicht primär an den Verwertungsinteressen von (Groß-)Investoren, muss vielmehr stärker an den Bedürfnissen der (potenziellen) Bewohnerinnen und Bewohner von Stadtteilen orientiert sein. Wer die Stadt nur als Wirtschaftsstandort wahrnimmt, vornehmlich ihre Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumspotenziale im Auge hat, übersieht die sozialräumliche Konzentration der Kinderarmut und kann dieser nicht adäquat begegnen.[29] Die urbane Lebensqualität wächst durch Kinderfreundlichkeit der Quartiere, die Stadtplaner/innen und verantwortliche Kommunalpolitiker/innen wieder sehr viel stärker ins Auge fassen sollten.

Ausgesprochen positiv wird in diesem Zusammenhang das Wohngeld bewertet: „Es gibt kaum einen anderen Transfer, der so direkt einer Verbesserung der Lebenslage von Kindern und Jugendlichen zugute kommt, so daß schon deshalb dringend seine inzwischen aufgelaufene Unterausstattung behoben werden muß, wobei die einschlägige Debatte auf zusätzliche Reformnotwendigkeiten verweist."[30] Wirkungsvoller als die Objektförderung wäre jedoch eine Subjektförderung: Der soziale Mietwohnungsbau wurde seit den achtziger Jahren immer stärker eingeschränkt, müsste jedoch wieder aufgenommen und auf Familien konzentriert werden, um Kinderarmut eindämmen zu können. Wenn immer mehr städtische Wohneinheiten in den Besitz von Finanzinvestoren übergehen, dürfte der preiswerte Wohnungsbestand weiter schrumpfen, sich die räumliche Segregation noch verstärken und der für Familien fatale Verdrängungsprozess fortsetzen.

[27] Vgl. Heinz Sünker, Kindheit heute – die Zukunft von Kinderpolitik, in: Friedhelm Güthoff/Heinz Sünker (Hrsg.), Handbuch Kinderrechte. Partizipation, Kinderpolitik, Kinderkultur, Münster 2001, S. 68 ff.

[28] Matthias Bernt/Miriam Fritsche, Von Programmen zu Projekten: Die ambivalenten Innovationen des Quartiersmanagements, in: Sylvia Greiffenhagen/Katja Neller (Hrsg.), Praxis ohne Theorie? – Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt", Wiesbaden 2005, S. 217.

[29] *Anmerkung der Redaktion:* Zum Thema „Sozialräumliche Ungleichheit und Kinderarmut" siehe den Beitrag von Gerd Nollmann in dieser Ausgabe.

[30] Ulrich Otto/Eberhard Bolay, Armut von Heranwachsenden als Herausforderung für Soziale Arbeit und Sozialpolitik – eine Skizze, in: U. Otto (Anm. 14), S. 31.

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.

Redaktion

Dr. Katharina Belwe
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
Sabine Klingelhöfer
Andreas Kötzing (Volontär)
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 36 91-0

Internet

www.bpb.de/publikationen/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung einschließlich APuZ zum Preis von Euro 19,15 halbjährlich, Jahresvorzugspreis Euro 34,90 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung Das **Parlament**
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

APuZ

Nächste Ausgabe 27/2006 · 3. Juli 2006

Rumänien und Bulgarien

Richard Wagner
Autistische Nachbarn

Olaf Leiße
Rumänien und Bulgarien vor dem EU-Beitritt

Lucian Boia
Historische Wurzeln der politischen Kultur Rumäniens

Ivaylo Ditchev
Die geheimen Freuden des Provinzialismus

Ana Blandiana
Kann man Erinnerung lernen?

Thomas Frahm
Savoir vivre auf Bulgarisch

Kinderarmut

APuZ 26/2006

Gerda Holz

3-11 **Lebenslagen und Chancen von Kindern in Deutschland**

Kindheit bedeutet für die größer werdende Zahl Minderjähriger ein Aufwachsen unter Armutsbedingungen. Im Beitrag werden die Folgen heute und für die Zukunft als Vergleich zwischen armen und nicht-armen Kindern bis zum Ende der Grundschulzeit skizziert. Konsequenz muss ein Perspektivenwechsel im Sinne einer kindbezogenen Armutsprävention sein.

Olaf Groh-Samberg · Matthias Grundmann

11-18 **Soziale Ungleichheit im Kindes- und Jugendalter**

Es wird gezeigt, dass die Ausgrenzungsrisiken bei Kindern und Jugendlichen in extremer Weise nach klassenspezifischer und ethnischer Herkunft differenziert sind. Angesichts dieser strukturellen Benachteiligung muss das Bewältigungshandeln widersprüchlich bleiben. Kritisiert wird die Pädagogisierung sozialer Struktureffekte.

Michael Fertig · Marcus Tamm

18-24 **Kinderarmut in reichen Ländern**

In den OECD-Staaten variiert der Anteil an Kindern, die in relativer Armut leben, zwischen rund 3 und 25 Prozent. In den meisten dieser Länder war im letzten Jahrzehnt ein Anstieg der Kinderarmut zu verzeichnen. Dieser Beitrag analysiert den Einfluss potenzieller Determinanten von Kinderarmut, insbesondere von familienbezogenen Sozialausgaben.

Carolin Reißlandt · Gerd Nollmann

24-32 **Kinderarmut im Stadtteil: Intervention und Prävention**

Viele Untersuchungen bestätigen, dass sich die Armut bei Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Sozialräumen konzentriert. Bei der Bekämpfung negativer Folgen für kindliche Lebensverläufe ist eine Ergänzung von klassischen Interventions- durch Präventionsmaßnahmen zu erkennen. Der Sozialraum und kindliche Entwicklungspotenziale stehen dabei im Mittelpunkt.

Christoph Butterwegge

32-38 **Wege aus der Kinderarmut**

Um die Kinderarmut in der Bundesrepublik wirksam zu bekämpfen, muss die Politik auf mehreren Wirkungsebenen ansetzen. Es gibt zwar keinen Königsweg aus der Kinderarmut; mittels arbeitsmarkt-, beschäftigungs-, sozial-, bildungs-, familien- und wohnungspolitischer Reformschritte kann man sie aber verringern.